

50 Jahre Zivildienst

Diakonie für
Menschen

Fest- und Schlussakt



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

Inhalt

- 3 Eröffnung
- 3 Rainer Hub

- 4 Zivildienst – eine Erfolgsgeschichte der Diakonie
Johannes Stockmeier

- 7 50 Jahre Zivildienst in Bethel
Bernward Wolf

- 10 „Meinen Frieden gebe ich Euch“
Walter Herrenbrück

- 13 Kriegsdienstverweigerung – Ersatzdienst – Zivildienst: Erinnerungen und Anmerkungen
Michael Germer

- 20 Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Kirche und Diakonie – eine dialogische Würdigung
Dr. Jens Kreuter, Rainer Hub

- 22 Neue Vahr Süd „Der FDP-Mann“
Michael Giese

- 25 „Dienst an Volk und Vaterland“ – Wehrdienstverweigerung, Bausoldat und Zivildienst in der DDR
Harald Bretschneider

- 29 Zivildienst in seiner teilweisen Widersprüchlichkeit
Wolfgang Buff

- 32 Außer Spesen nix gewesen oder es gibt ein Leben nach dem Tod? – Ein sozial-, jugend- und engagementpolitischer Ausblick
Dr. Gerhard Timm

- 36 „Großer Zapfenstreich“ für den Zivildienst
Harald Keiser

- 40 Der Letzte macht das Licht aus
Renke Brahms

- 41 Zuletzt ...

- 43 Impressum

Rainer Hub

Eröffnung

Fünfzig Jahre haben Akteure aus Kirche und Diakonie die Kriegsdienstverweigerung und den Zivildienst entscheidend mitgestaltet und aktiv den Wehrersatzdienst zu einem sozialen Friedens- und Lerndienst entwickelt und ausgebaut.

Zusammen mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer hat die Diakonie diesen besonderen Anlass am 13. April 2011 in Bethel bei Bielefeld gewürdigt. Mit dieser pünktlich zur Aussetzung des Zivildienstes Ende 2011 vorliegenden Dokumentation der Jubiläums- und Schlussveranstaltung, legt die Diakonie nicht nur eine Zusammenfassung der Festvorträge und Programmpunkte der Veranstaltung vor. Sie ist auch ein Rückblick auf die diakonische Erfolgsgeschichte Zivildienst.

Jeder unserer Festredner leistete seinen individuellen Beitrag. Rückblicke, teils wehmütig, teils kämpferisch-zynisch, politisch und fest in evangelischer Tradition, prägten den Jubiläumstag. Ausblicke in die teils neue, weiter zu gestaltende Zukunft der Freiwilligendienste wurden aufgezeigt und in Stehtischgesprächen diskutiert.

Ergänzt werden die Redebeiträge von Foto-Impressionen rund um diesen sehr eindrücklichen Tag. Die Film- und Musikbeiträge des Festprogramms sind hingegen in der Dokumentation nicht enthalten.

Danken möchte ich an dieser Stelle Sabine Langner für ihre engagierte Mitarbeit im Arbeitsfeld Zivildienst und bei der Erstellung dieser Dokumentation.

Ich wünsche Ihnen nun ein wenig Zeit für einen Streifzug durch 50 Jahre Zivildienst-Geschichte der Diakonie und auch für Ihren ganz persönlichen Abschied der eigenen Zivildienst-Geschichte.

In diesem Sinne schließe ich mit einer Passage aus einem Gedicht von Herrmann Hesse:

„... und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...“



Rainer Hub
Diakonisches Werk der
EKD, Berlin, Freiwilliges
Engagement und Zivildienst

Johannes Stockmeier

Zivildienst – eine Erfolgsgeschichte der Diakonie

Dass der Zivildienst über nunmehr fünfzig Jahre ein Dienst ausschließlich für Männer war, hat sich von Anbeginn auch auf Seiten der dafür zuständigen Mitarbeitenden abgebildet. Auch hier und heute ist das so. Dieser „Männerdienst“ hat in exklusiver Weise ganze Generationen von Männern mit ihnen sonst wenig vertrauten Lebens- und Berufsbereichen zusammengebracht.

Er darf nach 50 Jahren in vielerlei Hinsicht als Erfolgsgeschichte betrachtet werden. Eine Erfolgsgeschichte, zu der wir als Kirche und Diakonie erheblich beigetragen haben.

Der Beginn

Begonnen haben wir mit der engagierten Begleitung und Unterstützung in einer Gewissensfrage und ihrer doch eigentümlichen staatlichen „Gewissensüberprüfung“. Wir haben uns dann auch schnell der damit verbundenen Konsequenz gestellt. Wir haben Möglichkeiten geschaffen, den „Wehrersatzdienst“ ableisten zu können. Im Übrigen lange, bevor der Zivildienst zahlenmäßig zu einer nennenswerten oder vermeintlich unverzichtbaren Personaloption wurde. In all den Jahren galt es, den Spagat zwischen staatlicher Dienstpflicht und kirchlich-diakonischem Selbstverständnis konstruktiv zu gestalten.

Der soziale Friedensdienst

So war das Konzept eines „sozialen Friedensdienstes“ eine kirchlich-diakonische Erfindung. Erfreulicherweise findet sie im Rahmen des kürzlich vom Familienministerium veröffentlichten Abschlussberichtes zum Forschungsprojekt „Zivildienst als Sozialisationsinstanz für junge Männer“ ihre Anerkennung.

Einem Dienst, der staatlicherseits lange Zeit vor allem „lästige Alternative“ sein sollte, sinnvoll erlebbare Gestalt zu geben, war rückblickend mit viel Mühe, Beharrlichkeit und Widerständen verbunden.

Lerndienst

Da waren über Jahre hinweg dicke Bretter zu bohren. Der heute anwesende Pastor Ulrich Finck aus Bremen ist einer der wenigen Akteure, der wohl die gesamten 50 Jahre in diesem Sinne mit gestaltet hat. Er könnte davon sicher ein vielstrophiges Lied singen.

Diesem „Bohren“ oder genauer gesagt den „Bohrern“ ist es unter anderem zu danken, dass viele junge Männer im Zivildienst wertvolle Erfahrungen machen konnten.

Unterstützt wurden diese Erfahrungen durch Lehrgänge und Seminare. Dies geschah lange, bevor der Zivildienst offiziell mit dem Erwerb sozialer Kompetenzen und Lerndienst in Zusammenhang gebracht wurde. Fragen zu Friedensethik und ziviler Konfliktlösung haben bei Lehrgängen, Begleittagen und Rüstzeiten der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) eine wichtige Rolle gespielt. Dies nach dem Motto „Zivi bist du für einige Monate, Kriegsdienstverweigerer dein ganzes Leben“.

Ob und wie uns gerechter Friede gelingt, ist ureigenstes Anliegen von Kirche und Diakonie.

Nicht vorstellbar ist diese Erfolgsgeschichte ohne die vielen Mitarbeitenden in unseren Einrichtungen, die sich vor Ort dem Zivildienst und den Zivildienstleistenden angenommen haben. Sie haben viel Geduld und manch „dickes Fell“ gebraucht, aber sie können auf überwiegend gute Erfahrungen zurückblicken. Auch die betreuten Menschen haben auf ihre Weise im Umgang mit „Zivis“ diesen Erfolg wesentlich mitgeprägt.

50 Jahre Zivildienst

Begonnen hat dies fast genau auf den Tag vor 50 Jahren, am 10. April 1961 auch hier in Bethel. 26 von bundesweit 340 Kriegsdienstverweigerern haben ihren damaligen zwölfmonatigen Ersatzdienst angetreten.

Diese Zahlen sind im Laufe der Zeit rasant gestiegen von anfangs einigen Hundert zu zwischenzeitlich weit über 100.000 Zivildienstleistenden. Parallel zu den steigenden Zahlen sind aus ersatzdienstleistenden Kriegsdienstverweigerern ab Sommer 1973 Zivildienstleistende geworden.

Die Zivildienstleistenden

Die Diakonie in Deutschland ist der Wohlfahrtsverband mit den meisten Zivildienstleistenden.

In Anlehnung und Abwandlung an die Worte eines meiner Vorgänger im Amt des Diakonie-Präsidenten gilt festzuhalten:

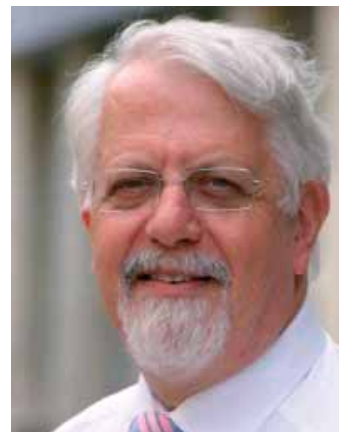
„Über 50 Jahre leisteten junge Männer Zivildienst in diakonischen Einrichtungen. Mehrere Hunderttausend haben während dieser Zeit tatkräftig dazu beigetragen, dass die Arbeit mit behinderten, kranken und alten Menschen verbessert werden konnte.“ Dafür gilt anlässlich dieses Jubiläums- und Schlussaktes an allererster Stelle den Zivildienstleistenden gebührender Dank. In einem nicht zu erwartenden Ausmaß haben die meisten von ihnen in ihrer „Dienstpflicht“ mit Engagement, hoher Motivation und einem wachsendem Verantwortungsbewusstsein den Lebensalltag in vielen Einrichtungen bereichert. Einige haben sich aufgrund ihrer Zivildienst-erfahrungen in der Folge schließlich für eine Ausbildung im Sozialbereich entschieden. Die Bilder der jungen Männer, vom Außenseiter, Pazifist, Drückeberger bis hin zum Retter des Sozialstaates, haben sich in diesem Zeitraum mehrfach verändert. Bei der heutigen Veranstaltung wird dies durch

das Einspielen zahlreicher medialer Sequenzen noch einmal deutlich.

Dank

Abschließend möchte ich an dieser Stelle Ihnen allen für Ihr außerordentliches Engagement danken. Die Mitarbeitenden im Zivildienst haben diese Arbeit immer auch als Berufung statt „nur“ als Job verstanden und gelebt. Nicht selten wurde diese Haltung durch eigene Erfahrungen inspiriert.

Ich wünsche Ihnen als „Fest- und Schlussaktversammlung“ einen ebenso kurzweiligen wie reichhaltigen Tag. Ihnen ganz persönlich sowie uns als diakonischer Gemeinschaft wünsche ich Erfolg und vielversprechende Perspektiven für die Zeit ohne Zivis.



Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD



Fest- und Schlussakt – 50 Jahre Zivildienst im Festsaal des Tagungszentrums Bethel



Bernward Wolf

50 Jahre Zivildienst in Bethel

Herzlich willkommen hier in Bethel!

Es freut uns sehr, dass Sie „50 Jahre Zivildienst“ hier in Bethel begehen – und es ehrt uns auch, denn als von Bodelschwingsche Stiftungen Bethel verdanken wir den mehreren Tausend junger Männer, die in den fünf Jahrzehnten an den verschiedenen Orten der von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel Zivildienst geleistet haben, viel!

Dass 50 Jahre dann auch gleich einen Abschied bedeutet, hätte auch vor einem Jahr noch niemand für möglich gehalten, auch wenn sich der Zivildienst, wie der Wehrdienst, inzwischen schon ganz erheblich verändert hat. Ob ein Zivi eineinhalb Jahre oder sechs Monate mit behinderten, mit psychisch kranken oder mit alten Menschen arbeitet, ist für ihn selber, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem für die Klienten und Klientinnen, ein erheblicher Unterschied. Sie verbinden mit dieser Jubiläumstagung auch ein „Fazit rund um den Zivildienst“. Hier in Bethel wurden von Anfang an Zivis eingesetzt.

50 Jahre Zivildienst in Bethel

Am 10. April 1961 begannen 26 Zivis in Bethel ihren Dienst. Zeitweise waren es bis zu 350 Zivis. Jetzt sind es noch etwa 45 Zivis. Dies sollte ein Anlass sein, den vielen jungen Männern für ihren Einsatz zu danken. Sie haben an den verschiedenen Stellen ihres Wirkens alte und junge, behinderte, sozial benachteiligte und kranke Menschen versorgt und in ihrem Leben unterstützt. Sie haben oft schwere und belastende Arbeit geleistet, mussten sich einer persönlichen Auseinandersetzung mit Sinn und Wert des Lebens und auch sehr existenziellen Situationen in der Begegnung mit „besonderen“ Menschen stellen. Sehr viele dieser jungen Männer haben großes Engagement und Freude in der Arbeit gezeigt. Manchen ist die Arbeit in der Diakonie oder auch in sozialen Diensten insgesamt sicher auch schwer gefallen.

Zusätzliche Hände und zusätzliches Herz

Diese Zivildienstleistenden haben eine große Bedeutung gehabt, vor allem für viele Menschen, die auf Unterstützung, auf Pflege, auf Begleitung angewiesen sind: Zusätzliche Hände, vor allem ein zusätzliches „Herz“, also ein zusätzlicher Mensch, der sich auf einen Menschen einlässt, nicht als ausgebildeter Profi, sondern eher unmittelbar, mit dem eigenen gesunden Menschen-Verstand und Menschen-Gefühl, mit der Lebendigkeit, vielleicht manchmal auch der Unbedarftheit eines jungen Menschen.

Die Zivis waren oft kritische Mitarbeiter, auch „Sand im Getriebe“, haben eben aus ihrer Unmittelbarkeit und ihrer Distanz zur Institution Verkrustungen wahrgenommen und angesprochen. Sie haben als junge Männer einen gewissen Ausgleich gebracht zu der stark weiblich geprägten Mitarbeiterschaft. Manche von ihnen sind dann selber zu Mitarbeitern geworden. Andere haben ihre Erfahrungen in andere berufliche Tätigkeiten, in politische Arbeit, in bürgerschaftliches Engagement mitgenommen und sind so gesellschaftlich wirksam geworden.

Und natürlich waren sie auch Arbeitskräfte, die den Personalschlüssel verbessert haben. Ich denke, der Zivildienst hat auch Bedeutung für die jungen Männer selbst gehabt. Er hat ihr Bewusstsein für Menschen in schweren Lebenslagen und für soziale Arbeit gestärkt und so viele ehemalige Zivis über die Zeit ihres Dienstes hinaus geprägt (Tjeerd de Jong Posthumus, einer der ersten Zivis: „Ich habe einen anderen Blick bekommen.“). Sie haben Kompetenzen erworben, die in ganz unterschiedlichen Lebensbezügen, Beruf, Familie, Politik, ein wichtiger Erfahrungsschatz sein können. Und für manche jungen Männer ist im Zivildienst klar geworden, was ihre eigene Berufs- und Lebensperspektive sein könnte.

Nun läuft der Zivildienst aus. Wie gesagt: Er hatte für unsere Arbeit in Bethel, für Diakonie und Gesellschaft eine ganz wichtige Bedeutung. Er war ein prägendes Element sozialer Arbeit. Da wird eine Lücke bleiben.

Das Betheljahr

Wir hatten immer eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen, dem Bundesamt für Zivildienst und den Regionalbetreuerinnen und -betreuern, auch mit den Kontaktstellen in Kirche und Diakonie. Dafür sage ich Ihnen im Namen der von Bodelschwingschen Stiftungen herzlichen Dank!

Hier in Bethel stellen wir uns bereits seit einigen Jahren auf die Veränderungen des Zivildienstes ein. Wir haben 2002 mit dem „Betheljahr“ begonnen, damals mit 25 Jugendlichen. In diesem Jahr werden 380 junge Menschen ihr Betheljahr beginnen. Das Betheljahr richtet sich an junge Männer und Frauen, es soll stärker die Berufsfindung unterstützen und wird intensiv begleitet. Wir sind überrascht über die starke Resonanz: Über 600 Interessentinnen und Interessenten haben sich gemeldet, mit wachsender Tendenz. Und wenn ich höre, dass nach Umfragen etwa 18 Prozent eines Jahrgangs ein großes Interesse haben, sich in einem freiwilligen Jahr zu engagieren (= 140.000 Männer und Frauen jedes Jahr) finde ich das auch gesellschaftlich ein ermutigendes Zeichen.

Nun wird es den Bundesfreiwilligendienst (BFD) geben. In der jetzigen Struktur ist das ein Kompromiss. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) haben eine andere Finanzierungsstruktur als der Zivildienst und der Bundesfreiwilligendienst. Es wäre sicher sinnvoller, hier auf Dauer eine einheitliche Organisationsform zu finden. Ich hoffe, dass es dann gelingt, noch mehr Freiwillige, junge Frauen und junge Männer, zu gewinnen, für die eine solche Mitarbeit im sozialen Bereich eine wichtige und prägende Lebenserfahrung ist und von denen sich dann hoffentlich viele motivieren lassen für eine Ausbildung und spätere Tätigkeit in diesem Bereich. Angesichts der demografischen Entwicklung sind wir als Gesellschaft dringend darauf angewiesen, dass die Menschen zunächst einmal Verständnis für diesen Bereich und soziale Verantwortung wahrnehmen. Und ebenso sind wir darauf angewiesen, dass mehr Menschen sich hier beruflich engagieren. Es ist zudem einfach eine sehr sinnvolle und auch erfüllende Tätigkeit.

Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)

Ein Problem ist, dass die Bedingungen des Bundesfreiwilligendienstes und des Freiwilligen Sozialen Jahres unterschiedlich sind. Die Eltern eines jungen Menschen, der am BFD teil-

nimmt, verlieren den Anspruch auf Kindergeld, auch für die spätere Zeit einer Ausbildung.

Auch die Regelung, dass mit dem BFD die Teilnahme an Kursen an den bisherigen Zivildienstschulen verpflichtend ist, erscheint mir noch keine sehr gute Lösung. Da sollten noch einmal Alternativen überlegt werden. Am BFD können nicht nur junge Leute teilnehmen, sondern Menschen aus verschiedenen Altersgruppen. Ich finde, das ist eine Chance für viele Menschen und auch für unsere Gesellschaft. Aber das macht zugleich deutlich, wie sehr sich damit das Freiwillige Soziale Jahr und auch das, was bisher Zivildienst war, grundlegend verändern werden.

Ich glaube, es wird noch einen langen Atem brauchen, bis hier ein stimmiges Modell gefunden ist und sich eingespielt hat. Aber es lohnt sich, daran mitzuarbeiten. Es bleibt also noch manches offen. Insgesamt sehen wir aber die Chance, über eine neue Form des Freiwilligendienstes das Gespür für soziale Verantwortung in unserer Gesellschaft stärker zu verankern und auch die Erfahrung, dass die Arbeit mit Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, eine sinnvolle und erfüllende Tätigkeit ist, in der man nicht nur gibt, sondern auch sehr viel empfängt.

Dank

Ganz herzlichen Dank an die vielen jungen Männer, die in Bethel und bei anderen Trägern soziale Verantwortung übernommen und einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des Alltags und zur Weiterentwicklung der Arbeit geleistet haben.

Ganz herzlichen Dank an die Institutionen, mit denen wir in der Organisation des Zivildienstes und der Begleitung der jungen Männer zusammengearbeitet haben. Gutes Gelingen und Gottes Segen für die weitere Entwicklung der Freiwilligendienste.



Pastor Bernward Wolf
Stellvertretender
Vorstandsvorsitzender der
Bodelschwingschen Stif-
tungen Bethel



Wolfgang Buff (l.), Michael Germer (r.), beide Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Jahrzehntelange Wegbegleiter lauschen interessiert den Redebeiträgen



v. l. n. r.: Wolfgang Overkamp, EAK; Pastor i.R. Ulrich Finkh, Sozialer Friedensdienst Bremen

Walter Herrenbrück

„Meinen Frieden gebe ich Euch“

„Meinen Frieden gebe ich euch“, sagt Jesus zu seinen Jüngern (Johannesevangelium, Kapitel 14).

Jesus? „Jesus ist nicht reich. ... Er ist nicht aus gutem Haus, nicht griechisch gebildet ... Er bleibt unwiderruflich auf der Seite der Armen. Seine Liebe ist unwiderruflich gewaltfrei“, stellt Dorothee Sölle fest.¹

Jesus sagt unwiderruflich: „Meinen Frieden gebe ich euch.“

Jesus ist der Friede

Er verkörpert ihn. Indem er auf die Erde kommt, bringt er den Frieden auf die Erde. Er lässt seine Jünger im Frieden sein. Und sie teilen den Frieden mit anderen.

Jesus macht seine Jünger zu Leuten, die friedfertig sein können und dann auch friedfertig sein wollen und sich friedliebend verhalten. Was Jesus sagt, ist von grandioser Eindeutigkeit: „Meinen Frieden gebe ich euch. Nun habt ihr ihn. Nun lebt damit.“

„Soviel an euch ist, so habt mit allen Menschen Frieden,“ schreibt der Apostel Paulus an die Christengemeinde in Rom.

Wer Jesu Jünger sein will, kann nicht anders, als im anderen Menschen den Nächsten und nicht den Gegner zu sehen; in der Verschiedenheit das Gemeinsame zu suchen und nicht das Trennende; sich vor ‚vorurteilsgestützten‘ Abgrenzungen zu hüten.

Wer hierzulande aus nörgelnder Sorge schreit: „Das Boot ist voll!“, will nicht wahrhaben, wie seetüchtig unser Boot ist und noch viele, auch Bootsflüchtlinge aus Afrika, mit ins Boot zu nehmen kann.

„Meinen Frieden gebe ich euch“, sagt Jesus.

Er könnte auch sagen: „Ich schenke euch die Eingebung, zu erkennen, dass es gut ist, von mir zu lernen; dass es gut ist, den Fremden als Partner anzusehen, der euer Leben bereichert; dass es gut ist, dem Feind ohne Vorurteil zu begegnen und mit ihm Konflikte gewaltfrei zu lösen.“

Die Feindesliebe ist übrigens nichts anderes als eine besonders gediegene Form der Nächstenliebe.

„Frieden, du leiseste aller Geburten ...“, schreibt Nelly Sachs.²

Der Friede will „geboren“ werden. Dazu braucht es andere Umstände; dazu braucht es Zeit, eine erwartungsvolle Haltung und die Bereitschaft zum Frieden.

Von Schwertern zu Pflugscharen

Der Friede ist wie eine neue Schöpfung und beginnt mit einem schöpferischen Akt, so wie das Umschmieden von Schwertern zur Pflugscharen ein schöpferischer Akt sein kann. Da muss dann die Lust an den Schwertern verschwinden und die Freude an den Pflugscharen wachsen.

Und es darf nicht passieren, dass man sich statt mit Schwertern nun mit Pflugscharen bekriegt.

Der Friede will gelebt werden, ist befriedetes Zusammenleben. Er ist weder mit Geld zu bezahlen, noch mit Waffen zu schaffen, noch mit Strategien zu erzwingen.

„Meinen einen Frieden gebe ich euch“, sagt Jesus. Jesus verspricht uns seinen Frieden nicht als himmlischen Frieden, der hoch über uns schwebt, sondern als „Frieden auf Erden!“ Sein Friede hat mit Glaube, mit Geduld, mit Liebe, mit Hoffnung zu tun; mit dem Gebet und mit dem Tun des Gerechten;

¹ Das Fenster der Verwundbarkeit – Theologisch-politische Texte, Seite 338-344, Kreuz Verlag, Stuttgart 1987

² Nelly Sachs, Ausgewählte Gedichte, Frankfurt 1963, Suhrkamp Verlag

mit Händen, die nicht im Schoß liegen bleiben; mit Augen, die nicht wegsehen, wo Not ist, sondern wahrnehmen, was Menschen brauchen. Und das alles ohne großen Lärm: „Frieden – du leiseste aller Geburten ...“. Der Friede, den Jesus gibt, ist ein Friede zwischen Gott und Mensch und ein Friede zwischen Mensch und Mitmensch: ein Doppelfriede, ein Zwillingfriede sozusagen. Es ist der Friede, der zeigt, dass Gott und Mensch Freunde sind und dass der Mensch nicht des Menschen Wolf sein muss. Der Friede zwischen Gott und Mensch macht mich und dich – und den anderen auch – zu Gottes Kind. In einem solchen Status können wir ziemlich gelassen sein und ziemlich friedfertig werden. Wer im Frieden lebt, hat keine Freude am Unfrieden auf Erden; wer gerecht gesprochen wurde, hat keine Lust an Rechthaberei; wem die Hand gereicht wurde, verlernt, sie zur Faust zu ballen.

„Schöne Worte“, werden Sie denken, ich weiß. Aber eine Andacht kann nichts Besseres leisten, als „schöne Worte“ zu sagen. Schade eigentlich, dass „schöne Worte“ so schnell als fromm, als praxisfern, als tote Richtigkeit abgetan werden.

Der Sinn „schöner Worte“ ist doch, dass sie hoffnungsvolle Bilder vor Augen malen, dass sie Gedanken des Friedens wecken; dass sie nicht nur „richtig“ sind, sondern auch ermutigen und anregen, das „Richtige“ zu tun; dass sie wirksam sein können. Zu den sogenannten „schönen Worten“ gehört zum Beispiel der bekannte Satz:

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ – erklärt 1948 in Amsterdam auf der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Dieser Satz kann eine einfache, klare Aussage der kirchlichen Verkündigung sein: Grundlage für ein eindeutiges Friedenszeugnis und ein konkretes Friedenshandeln. Aber leider neigen zu viele in den Kirchen dazu, diesen einfachen Satz zu relativieren und zu komplizieren und ihm die Klarheit zu nehmen.

Christen und Nicht-Christen haben den Kriegsdienst verweigert

Weil Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll, darum war es ein gutes Zeichen, dass hierzulande viele junge Männer in den letzten 50 Jahren den Kriegsdienst verweigert haben. Nicht nur Christen; auch Nicht-Christen. Denn der Friede, den Jesus gibt, wird nicht nur von seinen Jüngern weitergegeben. Es war eine Erfahrung des Zivildienstes, dass das Nein zum Krieg und das Ja zum Frieden sich aus vielen Quellen speisen kann. Wer an Zivis denkt, wird ihren Beitrag zur

helfenden Handreichung und zum friedlichen Zusammenleben der Menschen dankbar würdigen.

Der Zivildienst geht nun zu Ende. Aber das Recht und die Möglichkeit, Nein zum Krieg zu sagen, bleiben. Kriegsdienstverweigerung war und ist Friedensdienst. Es mag sein, dass viele meinen, man könne auf Dauer nicht im Frieden leben, weil es immer einen bösen Nachbarn und Störenfriede und Friedensstörer gäbe, die Kriege unvermeidlich machten. Es mag sein, dass wir in der Kirche die Friedensarbeit zu mutlos betreiben, weil anderes wichtiger zu sein scheint: eine verbesserte Performance der Kirche oder die Senkung der Kirchengaustrittszahlen oder ein gemeinsames Pfarrerdienstrecht. Es mag so sein.

Aber es darf nicht sein, dass wir aufhören, Jesus beim Wort zu nehmen; dass wir so tun, als wüssten wir nicht, wie notwendig der Friede für die Welt und wie wesentlich die Friedensbotschaft für die Kirche ist.

Christen sind Friedensstifter an der Seite der Nicht-Christen, die, wie im Zivildienst auch in Freiwilligendiensten und durch ihr soziales ehrenamtliches Engagement das friedliche Zusammenleben der Menschen fördern und der Gesellschaft, in der wir leben, ein Zeichen des Friedens geben.

Jesus erwartet von uns, dass wir nicht nur für unserm eigenen Frieden (für den „Frieden vor Ort“) eintreten, sondern auch die Menschen vor Augen haben, die in einem fernen Land leben und das Nein zum Krieg, das Friedensgebet und das Friedenszeugnis der Christen-Gemeinden besonders dringend brauchen.

„Meinen Frieden gebe ich euch“, sagt Jesus. Es ist wertvoll, was er uns gibt: Wir können es nicht vergessen und dürfen es nicht verkommen lassen.



Walter Herrenbrück
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)



von oben links: Werner Glenewinkel, 1. Vorsitzender der Zentralstelle zum Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerung; Wolfgang Hinz Rommel, Diakonisches Werk Württemberg; Walter Herrenbrück, EAK

Nachdenkliches und Erheiterndes



Christian Griebenow, Geschäftsführer der EAK

Michael Germer

Kriegsdienstverweigerung – Ersatzdienst – Zivildienst: Erinnerungen und Anmerkungen

Den Zivildienst gibt es seit 50 Jahren.
Der Zivildienst geht nach 50 Jahren zu Ende.

Die Veranstalter haben diesen doppelten Anlass sehr fein und differenziert formuliert, indem sie uns zu einem „Fest- und Schlussakt“ eingeladen haben. Dabei kommt zum Ausdruck, dass der zweite Grund unseres Zusammenseins nicht für alle Anwesenden ein Grund zum Feiern ist.

Sie haben mich eingeladen, aus diesem Anlass den Festvortrag zu halten, das heißt auch: Ich habe die Erlaubnis, mich über beides zu freuen, über die 50 Jahre, die hinter uns liegen, und über das Ende des Zivildienstes. Ich lade ein zum Erinnern und will mit meinen Anmerkungen verdeutlichen, warum ich meine, dass wir uns sehr wohl alle über das Ende des Zivildienstes nach 50 Jahren freuen dürfen.

Kein Zivildienst ohne Kriegsdienstverweigerung, dieser Zusammenhang ist im Laufe der 50 Jahre immer weiter in den Hintergrund gerückt. Darum lohnt sich durchaus ein Blick auf die Anfänge. Und diese liegen im Jahr 1949. Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Es enthält, einmalig in einer Verfassung, den Art. 4, Abs. 3 „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“. Wohlgemerkt, nach dem katastrophalen Zweiten Weltkrieg gab es in Deutschland keine Armee mehr, auch keine Wehrpflicht. Viele dachten: „Nie wieder Krieg“. Dies belegt auch das Wort der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1950 in Weißensee: „... Wir beschwören die Regierungen ... sich durch keine Macht der Welt in den Wahn treiben zu lassen, als ob ein Krieg eine Lösung und Wende unserer Not bringen könnte. Wir begrüßen es dankbar und voller Hoffnung, dass Regierungen durch ihre Verfassung denjenigen schützen, der um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert. Wir bitten alle Regierungen dieser Welt, diesen Schutz zu gewährleisten. Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiss sein...“

Hier ist von „Kriegsdienst verweigern“ die Rede, eine unerhörte Neuerung in einem Land mit jahrhundertealter militärischer Tradition. Einem Land, in dem spätestens seit der Mitte des Ersten Weltkrieges diejenigen, die den Kriegswahnsinn nicht mehr mitmachten, als „Drückeberger“ bezeichnet wurden, die man verfolgen und aburteilen musste.

„Drückebergerei“, Kriegsdienstverweigerung, Militärstreik

Der Militärhistoriker Wolfram Wette schrieb darüber in der Zeitung „die Zeit“ vom 23. Mai.1991: Der Begriff „Drückebergerei“ stammt aus der deutschen Militärpropaganda des Ersten Weltkrieges und dem Arsenal des zeitgenössischen Antisemitismus. Er wurde damals von den kriegsbejahenden Kräften in erster Linie dazu benutzt, wehrpflichtige junge Männer herabzuwürdigen, die sich entweder dem Kriegsdienst generell oder speziell dem Kampfeinsatz an der Front zu entziehen versuchten. Von der offenen Kriegsdienstverweigerung, die in Deutschland, ähnlich wie in anderen Staaten, bis zum Grundgesetz von 1949 kriminalisiert war, unterscheidet sich die sogenannte „Drückebergerei“ dadurch, dass sie sich eher versteckter Formen der Verweigerung bediente. Dem Drückeberger begegnete die Obrigkeit auf der moralischen Ebene mit dem unterschweligen Vorwurf der Feigheit und auf der juristischen mit schwersten Strafandrohungen. Im Zweiten Weltkrieg machte die deutsche Militärjustiz zunehmend weniger Unterschiede zwischen „Drückebergerei“ und Desertion und verhängte mehr als 50 000 Todesstrafen.

Öffentlichkeitswirksam dürfte der Begriff „Drückebergerei“ zum ersten Mal im Zuge einer antisemitisch akzentuierten Militäraktion während des Ersten Weltkrieges verwendet worden sein. Das preußische Kriegsministerium führte 1916 unter der Federführung des Generals von Wrisberg eine sogenannte Judenzählung durch. Hintergrund war das Gerücht, „die“ Juden seien maßgeblich an der „Kriegsgewinnlerei“ beteiligt, während sich gleichzeitig viele deutsche Juden vor dem Kriegsdienst an der Front „drückten“. Der Vorwurf der

„Drückebergerei“ ließ sich, wie die Zählung ergab, nicht halten. Doch das wahre Ziel der Aktion, die Aufmerksamkeit von den realen Problemen der deutschen Kriegspolitik auf einen Sündenbock abzulenken, dürfte erreicht worden sein. Was man in der ersten Kriegshälfte den deutschen Juden fälschlicherweise unterstellt hatte, traf dann in der Schlussphase des Krieges auf die deutschen Soldaten der Westfront tatsächlich zu. Sie weigerten sich massenhaft, den Krieg fortzusetzen. Diese Tatsache wurde schon in den zwanziger Jahren beschrieben, aber in der deutschen Öffentlichkeit bislang kaum beachtet. Den Berechnungen des Militärgeschichtlers Erich Otto Volkmann zufolge weigerten sich im Frühjahr 1918 etwa 800 000 bis eine Million Soldaten, den Angriffsbefehlen ihrer militärischen Vorgesetzten zu folgen. Die Militärbürokratie belegte dieses Massenphänomen wiederum mit dem abschätzigen Begriff „Drückebergerei“. Eine neuere Untersuchung des Freiburger Historikers Wilhelm Deist verweist dagegen auf die politische Dimension des massenhaften Nicht-mehr-Mitmachens und spricht präziser von einem „verdeckten Militärstreik“.

Wenn man die damaligen Umstände berücksichtigt, das allgegenwärtige militärische Herrschaftssystem unter den verschärften Bedingungen des Kriegsrechts, so wird deutlich, dass es sich um eine ganz außergewöhnliche Erscheinung handelte, vor deren Erforschung die traditionelle Kriegsgeschichtsschreibung nicht ohne Grund lange Zeit zurückgeschreckt ist. Der verdeckte Militärstreik lief nämlich den Intentionen der „Kriegspartei“ diametral entgegen und trug in nicht geringem Maße zur Beendigung des Krieges bei. Gleichzeitig verweist er die nationalistische Parole „Im Felde unbezigt“ aufs neue ins Reich der Legende. Dieser historische Hintergrund macht deutlich: In der Sprache der machtpolitisch tonangebenden deutschen Eliten zielte das Wort „Drückeberger“ seit dem Ersten Weltkrieg auf eine Diskriminierung von Menschen ab, die sich der Teilnahme an Kriegshandlungen zu entziehen versuchten. Mit diesem Wort sollten sich



Michael Germer

„Nie wieder Krieg“. Dies belegt auch das Wort der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1950 in Weißensee.

Assoziationen von Feigheit, fehlendem „Mannesmut“ und mangelndem Patriotismus verbinden.

Als „normal“ galt in dieser Tradition, wer sich als gehorsamer Untertan bedenkenlos in die Kriegsmaschinerie einordnete. Der Drückeberger dagegen war der schädliche Verweigerer, der verfolgt und bestraft werden musste und dem man, ähnlich wie den Juden, die Sündenbockrolle aufbürden konnte. Soweit Wolfram Wette.

Um das neue Grundrecht gab es von Beginn an Auseinandersetzungen. Zunächst hatte es jedoch keine Auswirkungen, gab es doch in Deutschland keine Armee mehr. Das sollte sich aber bald ändern: Im Jahr 1950 begann zunächst eher im Verborgenen, dann aber zunehmend auch öffentlich, die Diskussion um die „Wiederbewaffnung“ der Bundesrepublik. Die auch von Kirchenvertretern vorgetragene und unterstützte Forderung nach einer Volksabstimmung in dieser existenziellen Frage wurde durch Beschluss des Kabinetts Adenauer am 24. April 1951 verboten. Trotz weiterer Repressionen konnte die öffentliche Debatte nicht gänzlich unterdrückt werden. Am 21. November 1951 wird die überparteiliche „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ gegründet, die für alle diejenigen als Dach gelten sollte, die die Aufrüstung ablehnten, aber an kommunistisch gesteuerten Aktionen nicht teilnehmen wollten. Die Auseinandersetzung spitzte sich zu, als SPD und FDP im Frühjahr 1952 die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in ihren Parteien und der „Notgemeinschaft“ verkündeten. Diese wird in die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) umgewandelt (einer ihrer führenden Köpfe war Gustav Heinemann, der spätere Bundespräsident; Johannes Rau, Erhard Eppler, Jürgen Schmude gehörten auch dazu). Der hier sich artikulierende Widerstand gegen die Wiederbewaffnung hatte in der aufgeheizten politischen Stimmung der Zeit und unter den drängenden Forderungen der westlichen Alliierten letztlich keine Chance.

19. März 1955: Bundeswehr gegründet

Nach schwierigen Beratungen zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik meldete sich dann auch die Evangelische Kirche in Deutschland noch einmal zu Wort mit dem „Ratschlag der EKD zur gesetzlichen Regelung des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer:

„... Die erschreckende Ausweitung des modernen Krieges und die geschärfte Verantwortung gegenüber Waffengewalt und Krieg legen jedem Christen die Frage in das Gewissen, ob der Krieg als ein letztes Mittel der Verteidigung und die

Teilnahme am Kriege oder die Vorbereitung dafür erlaubt sein kann. ...

Die Kirche bittet die Regierenden in Ost und West unseres Landes, für eine zureichende Gesetzgebung zum Schutz derjenigen Sorge zu tragen, die aus Gewissensgründen den Kriegs- und Waffendienst verweigern ... Die Möglichkeit der Ableistung eines „Friedensdienstes“ ist vorzusehen ...“

19. März 1956: Allgemeine Wehrpflicht eingeführt

1956 ist es dann soweit: Mit dem 7. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19. März 1956 wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. In Artikel 12, Absatz 2 Grundgesetz heißt es unter anderen: „Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden.“ Es muss auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorgesehen werden, „die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte steht.“

Im Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 heißt es im § 25: „Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt und deshalb den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, hat statt des Wehrdienstes einen zivilen Ersatzdienst außerhalb der Bundeswehr zu leisten“ und an anderer Stelle: „Durch den zivilen Ersatzdienst werden Aufgaben des Allgemeinwohls übernommen“. Es dauert weitere dreieinhalb Jahre, bis dieser zivile Ersatzdienst Gesetzesform annimmt: Das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 schafft die verwaltungsmäßige Basis für den Einsatz von anerkannten Kriegsdienstverweigerern. Die Durchführung obliegt dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Und nun kommen wir endlich zum festlichen Anlass:

10. April 1961: Start des zivilen Ersatzdienstes

Am 10. April 1961 treten die ersten 340 anerkannten Kriegsdienstverweigerer an verschiedenen Orten der Bundesrepublik ihren Dienst an, unter anderem auch hier in Bethel.

Warum habe ich so weit ausgeholt mit den Erinnerungen? Mir ist wichtig, dass niemand der hier Anwesenden und niemand der in der Politik Verantwortlichen vergisst, dass der Ausgangspunkt des inzwischen so hoch geschätzten Zivildienstes die Inanspruchnahme des Grundrechtes der

Kriegsdienstverweigerung ist. Wenn wir heute ein Jubiläum feiern, denke ich vor allem an diejenigen, die zumindest in den ersten zwanzig dieser 50 Jahre erhebliche Mühe hatten, überhaupt als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

Nach der Kaffeepause hören wir ja Franz-Josef Degenhardts „Befragung eines Kriegsdienstverweigerers“. Was da zur Sprache kommt, ist nicht etwa Karikatur oder Kabarett, sondern das war bitterer Ernst.

Wenn ich mich hier im Saal umschaue, sehe ich doch einige, die als Berater und Beistände noch eine sehr lebhaftere Erinnerung daran haben, wie die jungen Männer ausgeforscht wurden; wie sie in zum Teil in menschenverachtenden, mündlichen Anhörungen mit den abenteuerlichsten Szenarien konfrontiert wurden, um sie doch noch bei einer Haltung zu ertappen, die ihre Anerkennung verhinderte; wie ihnen immer mit dem Misstrauen begegnet wurde, sie wollten sich etwas erschleichen, was ihnen eigentlich nicht zusteht. Dass damit jetzt, und zwar hoffentlich ein für alle Mal, Schluss ist, ist allemal ein Grund zum Feiern.

Ein Teil des Widerstandes, dem sich die Antragsteller gegenüberübersah, kam und kommt auch sicher aus der Haltung, dass, wer nicht Soldat werden kann und will, eben doch ein Drückeberger sei.

Doch wenden wir uns dem Zivildienst zu, der ja zu Beginn „ziviler Ersatzdienst“ hieß. Ziviler Ersatzdienst für nicht geleisteten Wehrdienst, das ist schon auch ein deutlicher Ausdruck dafür, dass das „Normale“, das „Anständige“, das „Gewünschte“ der Wehrdienst ist.

Der vermeintliche Realismus der Wiederbewaffnungsbefürworter der fünfziger Jahre hat sich durchgesetzt. Die Forderung „Nie wieder Krieg“ ist leiser geworden. Die junge Bundeswehr wird von Offizieren aufgebaut und geleitet, die schon einmal einen Eid auf Adolf Hitler geleistet hatten.



„Soziale Friedensdienste entstanden zu Beginn der siebziger Jahre, mit dem erklärten Anspruch, soziales Lernen und gemeinschaftliche Erfahrungen zu ermöglichen. All das musste mühsam erkämpft werden“

Michael Germer

Damit will ich nicht unterschlagen, dass viele von ihnen mit dem ehrlichen Anspruch angetreten sind, eine demokratische Armee aufzubauen. Das „Prinzip der inneren Führung“ enthält in seinem Kern sehr, sehr viel Richtiges. Aber Armeen, gleich welcher Couleur, funktionieren nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Und so gesehen trägt eine demokratische Armee einen Widerspruch in sich, der eigentlich nicht aufzulösen ist, will man nicht entweder „Befehl und Gehorsam“ oder „demokratisch“ als Leitbild aufgeben.

Befehl und Gehorsam

Dieses Problem stellte sich nun erst recht mit der Einführung des Ersatzdienstes. Wer den Kriegsdienst verweigerte, sollte nicht einfach „in Frieden“ gelassen werden. Wenn sich das herumspräche, käme bald jeder auf die Idee, sein Grundrecht auch in Anspruch zu nehmen. Das aber wäre dem Aufbau der Bundeswehr zuwider gelaufen. Wer also verweigert, muss auch etwas tun. Die Evangelische Kirche in Deutschland hatte in ihrem Ratschlag 1955 einen „Friedensdienst“ empfohlen. Daraus wurde nichts. Der Staat wollte „Ersatz“. Perverses Nebenergebnis: Wer sich weigert, etwas zu tun, was unser Rechtsempfinden ohnehin verletzt – nämlich im Krieg Menschen zu töten – wird gezwungen, dafür Ersatz zu leisten. So ist es auch nur folgerichtig, dass sich der „Leitfaden für den Zivildienst“ bis in alle Details eins zu eins am Wehrrecht orientiert, bis hin zu der kleinen Geschmacklosigkeit, dass ein Zivildienstleistender „Sold“ erhält und nicht Lohn, Gehalt oder gar angemessene Bezahlung. Dieser engen Verklammerung haben wir es schließlich zu verdanken, dass mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst zu Ende ist.

Hätte die Evangelische Kirche in Deutschland sich durchgesetzt, hätten wir möglicherweise einen Friedensdienst bekommen, der jetzt nicht zu Ende wäre, sondern blühte und für unsere Diplomaten als wichtiges Instrument zur zivilen Konfliktregelung an vielen Orten dieser Welt diente. Getragen von Freiwilligen, gefördert und gewollt von der Gesellschaft, Ausdruck für das wachsende Selbstbewusstsein eines anderen Deutschland. Stattdessen haben wir, auch gewissermaßen als „Ersatz“, den Zivildienst bekommen. Und darauf will ich jetzt die Aufmerksamkeit lenken. Nicht so sehr auf den Zivildienst als Institution, sondern auf die Zivildienstleistenden.

Die Zivildienstleistenden

Ihrer Arbeit, ihrem Durchhaltevermögen im Anerkennungsverfahren, ihrem Engagement im wahrlich nicht immer angeneh-

men Alltag ist es zu verdanken, dass man geneigt sein könnte, „Zivildienst als Erfolgsmodell“ zu preisen. Warum das nicht zulässig ist, habe ich, glaube ich, ausreichend belegt. Die Kirchen haben in erster Linie dafür gesorgt, dass kein Kriegsdienstverweigerer in seinem Ersatzdienst allein gelassen wird, wie sie es bereits 1950 zugesagt hatten. Angebote der Beratung und Begleitung wurden entwickelt. So entstand ein bundesweites Netz; später kamen andere Elemente hinzu, zum Beispiel das Angebot an den Staat, die Einführung in die eigentliche Tätigkeit in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen selbst zu übernehmen. Es wurden hohe, noch heute überzeugende Standards entwickelt und teilweise gegen erheblichen Widerstand aufrecht erhalten.

Soziales Lernen – gemeinschaftliche Erfahrungen

Soziale Friedensdienste entstanden zu Beginn der siebziger Jahre mit dem erklärten Anspruch, soziales Lernen und gemeinschaftliche Erfahrungen zu ermöglichen. All das musste mühsam erkämpft werden: Die Zivildienstleistenden selbst traten für diese Ziele und für ihre Rechte ein. So lernten viele erstmals die demokratischen Instrumente mündiger Bürger kennen und gebrauchen. Dass dies sowohl für den Staat als auch für die Einsatzstellen nicht immer angenehm war, muss nicht betont werden. Das Anerkennungsverfahren konnte nicht verhindern, dass immer mehr junge Männer den Kriegsdienst verweigerten und dadurch dazu beitrugen, dass das ungeliebte Kind Zivildienst wachsen und gedeihen konnte. Die Zahlen stiegen und damit auch der Bedarf an immer neuen Plätzen. Eines durfte nicht passieren: Dass es anerkannte Kriegsdienstverweigerer gab, die nicht dienen mussten, weil es keine Plätze gab.

Verbunden damit kam es zu einem Wechsel in der Grundhaltung: Waren Kirche und Diakonie zu Beginn noch angetreten mit dem Anspruch, für die Kriegsdienstverweigerer einen ihrer Haltung entsprechenden Einsatzplatz bereitzustellen, kamen jetzt auch andere Anbieter auf den Markt, beflügelt durch Zuschüsse des Staates; Anbieter, bei denen es vor allem um die kostengünstige Arbeitskraft ging. Und das färbte natürlich auch ab auf die ursprünglichen Akteure.

Andere Anbieter auf dem Markt

Ich will an dieser Stelle nicht vorschnell alle in einen Topf werfen, kann mir aber eine Kritik nicht verkneifen, die ich ganz unabhängig von der Färbung der jeweiligen Regierungs-

koalition benennen will: Zivildienstleistende wurden nie in erster Linie als Menschen gesehen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern, sondern als Menschen, die um jeden Preis daran gehindert werden müssen, für eine bestimmte Zeit ihres Lebens, in der andere Soldaten sind, selbst darüber bestimmen dürfen, was sie tun. In dieses Dilemma haben sich alle Koalitionen durch das Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht gebracht. Und das Dilemma wurde noch größer, als der andere deutsche Staat seine Armee in das vereinte Deutschland einbrachte und dazu Scharen junger Männer, die jetzt auch richtig den Kriegsdienst verweigern wollten. Die vorher als Bausoldaten diskriminierenden waffenlosen Dienst tun mussten, durften jetzt wählen, in welcher sozialen Einrichtung sie sich einbringen. Dass die letzte und ordentlich gewählte DDR-Regierung das freiheitlichste Kriegsdienstverweigerungsgesetz aller Zeiten beschlossen hatte, konnten diese jungen Männer nach dem 3. Oktober 1990 leider nicht mehr nutzen. Kurzum: Die puren Zahlen von Menschen brachten das System ins Wanken, weil mit der notwendigen Verringerung der Personalstärke der Armee der Gedanke einer Wehrgerechtigkeit nicht mehr aufrecht zu erhalten war.

Persönliche Begegnungen

Kaum eine Familie im Land, die nicht mit Zivildienstleistenden in Berührung kam: Sei es der verweigernde Sohn, der Zivildienstleistende, der die Oma zum Einkaufen fährt, der Krankenbett-Schieber, der Fahrer von Essen auf Rädern, der Begleiter der behinderten Tochter, der Spielpartner auf der Kinderstation, kurz man konnte dem Zivildienstleistenden eigentlich nicht nicht begegnen. Darum ist auch das Klagen und Jammern zu verstehen, das jetzt beim nahenden Ende eingesetzt hat. Rettungsversuche für einen Zivildienst unter veränderten Bedingungen gab es viele, umgelegte Weichen wurden aber meist im letzten Augenblick wieder zurückgestellt, aus Angst vor einem grundlegenden Wechsel in grundlegend veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Wie kurz das Gedächtnis sein kann, wurde mir deutlich, als ich von einem Kollegen erst wieder daran erinnert werden musste, dass wir, Evangelische Kirche in Deutschland, Diakonie und Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer zwei hochwertige Fachtagungen durchgeführt haben, die auch bestens dokumentiert sind: 2003 „Die Konversion des Zivildienstes als Chance“ und 2006 „Wer dienen muss, soll lernen können – Den Zivildienst als Lerndienst weiterentwickeln“. Es lohnt sich, noch einmal nachzulesen, was kluge Leute da Kluges gesagt haben. Sie waren nicht in erster

Linie dazu gedacht, den Zivildienst zu verstetigen, sondern eine gesellschaftliche Realität wie den Zivildienst und seine Folgen neu und anders zu verstehen, auch unabhängig von seiner Bindung an die Wehrpflicht, vielmehr freiwillig, qualifizierend und Gewinn bringend für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Jetzt zu sagen: „Ätsch, hättet Ihr mal damals auf uns gehört und mitgemacht“ ist zu billig. Mir war es wichtig, noch einmal zu erinnern an ein Modell des effizienten Zusammenwirkens von Kirche, Diakonie, Staat und Gesellschaft. Dass es letztlich nicht zur Umsetzung kam, liegt nicht an uns.

Erinnerungen und Anmerkungen

Der Untertitel meines Festvortrages „Erinnerungen und Anmerkungen“ macht in seiner Offenheit deutlich, dass ich nicht zu allem, was da in diesen 50 Jahren war, etwas sagen muss oder kann. Ich habe nichts gesagt zur Frage der Arbeitsmarktneutralität, habe mich nur ansatzweise geäußert zu den Klagen über das Ende des Zivildienstes und die Schwierigkeit, Personalersatz zu finden. Längere Dienstzeiten für Zivildienstleistende gegenüber Soldaten habe ich nicht angeprangert. Auch zum mal ärgerlichen, mal gelingenden Mit- und Gegeneinander zwischen Kirche, Diakonie und anderen Trägern und dem Bundesamt für Zivildienst oder dem Ministerium habe ich, dem festlichen Anlass gemäß, beredt geschwiegen.

Von den 50 Jahren habe ich selbst dreißig Jahre aktiv mitdenkend, gestaltend, verhandelnd und ertragend miterlebt. Darum darf ich mir jetzt gestatten, all denjenigen zu danken, die Zivildienst immer wieder zu etwas Gelingendem haben werden lassen, trotz widriger Umstände, politischer Wechselfälle und leerer Kassen. Es sind dies in erster Linie die Zivildienstleistenden selbst, aber auch ihre Berater, Begleiter, Anwälte und nicht selten auch die von ihnen gewählten Politiker. Es sind auch Menschen in der Zivildienstverwaltung, denen zu danken ist für viel guten Willen bei widrigen Rahmenbedingungen. Die mit uns immer wieder nach Lösungen gesucht haben, um wenigstens im Einzelfall zu helfen.

Bei den festlichen Kommentaren in Zeitungen und bei öffentlichen Festakten wird nie darauf verzichtet, die wunderschöne Entwicklung vom einst als „Drückeberger“ bezeichneten Kriegsdienstverweigerer zum gesellschaftlich geschätzten „lieben Zivi“ darzustellen. Gestatten Sie mir daher am Schluss noch einmal Wolfram Wette aus der „Zeit“ vom 23. Mai 1991 zu zitieren. Was er zwanzig Jahre nach dem zweiten Golf-

krieg zum Verfassungstag formulierte, gilt – mit Einschränkungen – heute mehr denn je:

„Der Golfkrieg von 1991 markierte nicht den Beginn des dritten Weltkrieges, und die Deutschen waren glücklicherweise nicht unmittelbar von ihm betroffen wie 1914 und 1939. Der historische Vergleich, der diese Unterschiede berücksichtigt, gibt uns gleichwohl die Chance, den Kontrast in der Haltung der Deutschen deutlicher zu erkennen. Anders als früher sind ‚die Deutschen‘ heute offenbar nicht mehr bereit, den Krieg als Mittel der Politik zu akzeptieren, schon gar nicht, wenn er nichts mit der Verteidigung des eigenen Landes zu tun hat. Sie haben sich offenbar nicht von dem – der ‚Logik des Krieges‘ innewohnenden – Freund-Feind- Denkschema gefangen nehmen lassen. Das heißt, sie haben in der aktuellen Konfliktsituation weder für die eine noch für die andere Kriegspartei optiert, sondern sich jenseits der Feindkonstellation gegen eine kriegerische Lösung ausgesprochen.“ Diese Haltung war es, die von Kriegsbefürwortern mit dem Terminus „Drückebergerei“ belegt wurde, ganz im Sinne der eingangs aufgezeigten Tradition und mit derselben Absicht der moralischen Diskriminierung.

Merklich beschleunigt wurde der Prozess der Delegitimierung des Krieges und damit auch des Militärischen durch den kulturellen Wandel der achtundsechziger Zeit mit seinen antimilitaristischen und pazifistischen Tendenzen, die rückblickend schon als die Vorgeschichte der Friedensbewegung der achtziger Jahre interpretiert werden können. In den Köpfen vieler

Deutscher, also nicht nur in den „Bäuchen“, in denen gelegentlich der irrationale Affekt geortet wird, hat sich ein kräftiges Stück „Abnabelung“ von jener kriegerischen Machtpolitik vollzogen, die für den 1945 untergegangenen deutschen Nationalstaat charakteristisch war. Bei den Menschen in der ehemaligen DDR kam die Erfahrung der erfolgreichen friedlichen Revolution hinzu.

Keine Gewalt!

Ihren Protest gegen den Golfkrieg sahen sie selbst als die logische Folge des Imperativs vom Herbst 1989 an: „Keine Gewalt!“ Jedenfalls besteht die Chance, dass mit der Drückebergerei von 1991 an jene Bedeutung des Wortes angeknüpft wird, die vor seiner militaristischen und antisemitischen Instrumentalisierung gültig war. Etymologisch bedeutete Drückeberaer nämlich nichts anderes als „Schlauberger“.



Michael Germer
Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, stellvertretender Vorsitzender der Zentralstelle zum Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer



v. l. n. r.: Günter Knebel, EAK; Wolfgang Buff, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau; Horst Steinhilber, Bundesakademie für Kirche und Diakonie

Gespräche im Foyer



v. Mitte l. nach r.: Christine Bachenberg, BAFZA; Antje Mäder, BAFZA; Dr. Reinhard Hauf, BAFZA; Helga Rös- gen, Präsidentin BAFZA im Gespräch mit Christel Buschke, Referentin Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Dr. Jens Kreuter, Rainer Hub

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Kirche und Diakonie – eine dialogische Würdigung

Rainer Hub, Diakonisches Werk der EKD, führt im Interview mit Dr. Jens Kreuter, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, eine dialogische Würdigung des Themas „Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Kirche und Diakonie“. Neben Rückblicken auf den Zivildienst und Ausblicken auf den Bundesfreiwilligendienst gibt Dr. Kreuter auch Einblicke in seine persönlichen Erfahrungen rund um den Zivildienst.

Hub: Herr Dr. Kreuter, Sie haben in den achtziger Jahren, vor Beginn Ihres Theologiestudiums, freiwillig einen „Anderen Dienst im Ausland“ in Israel abgeleistet. Damals waren Sie in der Annahme, dies sei Zivildienst. Was haben Sie während dieser Zeit gelernt und wovon könnten Sie sagen, dass es Sie bis heute geprägt hat? Möchten Sie uns davon erzählen?

Kreuter: Gerne! Als angehende Theologe hätte ich nach dem Abitur 1985 keinen Wehr- oder Zivildienst leisten müssen. Ich bewarb mich trotzdem für den „Anderen Dienst im Ausland“. 18 Monate verbrachte ich in Nes Ammim, einer christlichen Siedlung im Norden Israels. Was ich an kulturellen, religiösen und auch an menschlichen und sozialen Erfahrungen mitgenommen habe, prägt mich bis heute. Es war – und ist – ein überzeugendes Angebot für alle jungen Menschen, nach der Schule ein Jahr freiwillig über den Tellerand zu blicken. Ich hatte das große Glück, genau daran mitarbeiten zu dürfen. Dass gerade während meines Einsatzes der „Andere Dienst im Ausland“ in § 14b Zivildienstgesetz gesetzlich geregelt wurde, habe ich erst als Bundesbeauftragter gelernt.

Hub: Wie würden Sie heute die Rolle der Kirchen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Zustandekommens des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) und § 4 Absatz 3 Grundgesetz (GG) beschreiben? Bereits 1950 hatte in Berlin-Weißensee die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland dokumentiert: „Wer um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiss sein.“

Kreuter: Nun, das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung ist eine wichtige Errungenschaft unseres Grundgesetzes. Sie alle wissen, seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 heißt es in Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Bis heute wurden mehr als drei Millionen Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Mit ihrem Engagement im Zivildienst leisteten sie einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Bei meinen Gesprächen mit Zivildienstleistenden erfahre ich immer wieder, dass der Dienst für die weitaus meisten von ihnen eine willkommene Lernerfahrung bedeutet und sie von ihrer „Zivi“-Zeit in aller Regel sehr positiv geprägt werden.

Hub: Und worin können Sie, Herr Dr. Kreuter, einen besonderen Verdienst der Diakonie sehen? Die Diakonie mit ihren Einrichtungen hat sich von allen Wohlfahrtsverbänden ja von Anfang an sehr intensiv an der Realisierung und Umsetzung des Zivildienstes beteiligt.

Kreuter: Bei meinen vielen Besuchen in Einrichtungen der Diakonie habe ich oft in lebhaften Gesprächsrunden mit den dort engagierten Zivis und den Mitarbeitenden der Einrichtungen diskutiert. Von Ihnen, Herr Hub, habe ich vor Beginn meines Dienstes als Bundesbeauftragter den Merksatz „Wer dienen muss, soll lernen dürfen“ mitnehmen dürfen. Ja, gerade auch die Diakonie hat sich intensiv für die Umsetzung des Zivildienstes als Lerndienst eingesetzt! Als einen der größten Wohlfahrtsverbände, der bundesweit breit gefächert aufgestellt ist, schätze ich Ihre Professionalität und Ihren Erfahrungsschatz. Die Zusammenarbeit mit Ihnen war gegenseitig bereichernd und führte auch zu erfolgreichen Konzepten.

Hub: Der erste Ersatzdienstleistende, Berthold Morlock, konnte bereits im Jahre 1957 seinen Dienst bei der Diakonie Stetten ableisten. Dies war ein vorab geleisteter Dienst, im noch nicht rechtlich geklärten Rahmen ohne die Sicherheit einer anschließenden Anerkennung. Wie war das aus Ihrer Sicht möglich?

Kreuter: Erst vorletzte Woche war ich zu Gast bei der Abschiedsveranstaltung in der Diakonie Stetten und habe Herrn Morlock persönlich kennengelernt. Interessant für mich war auch, dass er dreiundvierzig Jahre lang der Diakonie Stetten, seinem Einsatzort, treu blieb. Ich weiß, dass Herr Morlock 1957 aus Eigeninitiative seinen Dienst antrat, als es noch keinen gesetzlich anerkannten Ersatzdienst gab. Dieser wurde in seinem Fall rückwirkend anerkannt. Das Recht auf Verweigerung bestand ja ab Einführung der Wehrpflicht.

Hub: Einen Zivildienst ohne Bezug zur Wehrpflicht hätte es nie geben sollen. Die Diskussionen der letzten Jahre über den „Zivildienst als Lerndienst“ war bei Ihnen persönlich ja frühzeitig angelegt. Der Staat hat sich dann im letzten Drittel der 50 Jahre Zivildienst erfreulicherweise kirchlich-diakonische Positionen zueigen gemacht. Auf der letzten Wegstrecke ist das somit maßgeblich auch ein Verdienst von Ihnen als Bundesbeauftragtem!

Kreuter: Vielen Dank! Das freut mich sehr!

Hub: Wie bewerten Sie dies von staatlicher Seite heute im Nachhinein?

Kreuter: Wir sollten gemeinsam versuchen, „das Gute“, das sich im Zivildienst entwickelt hat, vor allem diesen Lerndienstgedanken, mitzunehmen! Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) kann dabei nicht alle bisherigen Tätigkeitsfelder der Zivis abdecken und muss – so auch der Gesetzentwurf – ja in Anlehnung an die Jugendfreiwilligendienste auf- und ausgebaut werden. Dem BFD ist dazu nur Erfolg zu wünschen. Aus dem Bundeshaushalt sollen dafür künftig jährlich 350 Millionen Euro für alle Freiwilligendienste zur Verfügung gestellt werden. Ich bin dankbar, dass es in wirtschaftlich so

schwierigen Zeiten gelungen ist, dieses Geld für die Freiwilligendienste einzusetzen. Das ist auch dem tatkräftigen Engagement aller Akteure in den Verbänden, unter denen Sie, Herr Hub, ein nicht unwesentlicher sind, zu verdanken. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass künftig möglichst jeder, der einen Freiwilligendienst leisten möchte, dafür auch einen geeigneten Platz angeboten bekommt, und so möglichst viele Menschen eine solche Lernerfahrung machen können.

Hub: Vielen Dank, Herr Dr. Kreuter! Ich bedanke mich – auch bei dem „Ex-EKDler“ für das Interview und wünsche Ihnen für Ihre zukünftigen Aufgaben viel Erfolg und persönlich alles Gute.



Dr. Jens Kreuter, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, im Gespräch mit Rainer Hub, Diakonisches Werk der EKD

Michael Giese

Neue Vahr Süd „Der FDP-Mann“

Michael Giese, Referent im Diakonischen Werk Baden, liest Auszüge aus dem Roman von Sven Regener „Neue Vahr Süd“¹. Angereichert ist der Buchtext mit Zitaten aus der eigenen Zivildienst-Geschichte.

Giese: „Bei „Neue Vahr Süd“ fühle ich mich schon sehr an meine eigene Verweigerung damals erinnert.“

Neue Vahr Süd: „Schon gut“, sagte der Vorsitzende und fummelte an seiner mächtigen Brille. „Schon gut, nun beruhigen Sie sich doch!“

„Das sagen Sie so“, sagte Frank und ließ dabei die Stimme brechen und die Unterlippe zittern, so als ob er gleich anfangen würde, vor Empörung zu heulen, denn Empörung, soviel war sicher, musste er jetzt zeigen, im siebten Stock des Kreiswehersatzamt-Hochhauses in der Nähe des Bahnhofs Bremen. Zunächst war alles nach Plan verlaufen, sie hatten die Sitzung eröffnet, seine schriftliche Begründung verlesen, ein durchaus bemerkenswertes Dokument, wie er gefunden hatte, das aus fremden Mund vorgelesen zu hören ihn ein bisschen stolz gemacht hatte, es hatte gut und überzeugend geklungen, wirklich ein Meisterwerk der pazifistischen Trantütigkeit, wie Martin Klapp es genannt hatte, und somit genau das richtige für eine anständige Kriegsdienstverweigerung. Auch die Zeugenaussage seiner Eltern und die von Martin Klapp hatten, wie er fand, Eindruck hinterlassen, jedenfalls bei ihm selbst, und er war eigentlich guter Hoffnung gewesen, als es plötzlich knüppeldick gekommen war mit einer Stellungnahme von Hauptmann Schickedanz, in der er Frank bescheinigte, ein guter, nie unangenehm auffallender Soldat mit Schießergebnissen zu sein, sowie einer Stellungnahme von Pionier Schmidt, ausgerechnet von Schmidt, die aussagte, dass Frank seine Gründe für die Verweigerung in einem Gespräch mit Schmidt dergestalt benannt hätte, dass er nicht mehr dauernd angeschrien werden wollte und auch hoffte, im Zivildienst mehr Geld zu verdienen ...“

Giese: „Ein grauenvoller Vorsitzender in den Verhandlungen eins und zwei, immer Reservisten von der Bundeswehr, der Gnadenlose links außen, schweigt eine halbe Stunde hinter einer Zeitung, bis er diese hinlegt auf Kante am Tisch, dann aufsteht und von null auf hundertvierzig beginnt, mich anzubrüllen.“

Neue Vahr Süd: ... Entscheidend ist doch, dass die Eltern das Kind prägen, die Prägung des Elternhauses entscheidet doch darüber, wie sich das Gewissen des Kindes entwickelt“, gab der Mann neben ihm zu bedenken, und Frank wusste jetzt, dies war wirklich der FDP-Mann, der Mann, von dem alle sagten, dass er der sei, den es zu überzeugen galt. Der Vorsitzende hatte keine Stimme, und die beiden ganz außen Sitzenden hatten ihre Meinung schon zusammen, soviel war klar. Und der FDP-Mann lächelte ihm jetzt aufmunternd zu, das ließ ihn Hoffnung schöpfen ...

Giese: „Den FDP-Mann gab's wirklich, immer verständnisvoll, immer mit Kinnbart, immer mit derart cremiger Stimme, aber ich konnte ihm nie vertrauen.“

Neue Vahr Süd: ... „wenn zum Beispiel“, sagte der Vorsitzende, „Soldaten eines anderen Landes in unser Land einfallen würden, sagen wir mal, es müssen ja nicht immer Russen sein, wir leben ja im Zeitalter der Entspannung und so weiter, und das ist ja jetzt sowieso alles hypothetisch, und dann heißt es immer, wir würden hier immer nur gegen die Sowjetunion was sagen, also jedenfalls nehmen wir mal an, da kommen so Soldaten, ist ja nun auch mal egal woher, vielleicht aus Kambodscha, nur mal als Beispiel, und die kommen jetzt zu Ihnen nach Hause und stellen da Ihre Eltern an die Wand und wollen die erschießen, sowas ist ja möglich, nicht wahr? ...“

Giese: „Was ich denn überhaupt denken würde. Vater in der Wehrmacht, volle sechs Jahre einschließlich Gefrierfleischorden aus dem russischen Winter, Bruder bei der Bundeswehr, und ich meine hier, den Vaterlandsverräter geben zu können.“ Verhandlung Nummer drei, vor dem Verwaltungs-

1 Sven Regener, Neue Vahr Süd, Eichborn Verlag, Berlin 2004

gericht in Stuttgart, eine Richterin, drei Beisitzer, zwei Stunden über die kollektive Notwehr am Beispiel Polens, war ja auch der 40. Jahrestag. Ich mit Anwalt und meinem Bruder als Zeugen, Jugendoffizier, Fallschirmspringer, Kompaniechef. Nach einer Woche Wartezeit dann endlich die Anerkennung.“

Neue Vahr Süd: ... „Ich habe das nicht so gut verstanden“, sagte Frank, „also die wollen meine Eltern erschießen, und ich habe ein Gewehr in der Hand?“

„Ja, natürlich. Oder eine Pistole.“

„Das geht ja gar nicht“, sagte Frank, „ich würde ja nie freiwillig ein Gewehr in die Hand nehmen.“

„Moment mal“, polterte der schlechtgelaunte alte Mann, „die wollen Ihre Eltern erschießen, und Sie würden nichts tun, um die zu retten?“

„Wen jetzt zu retten?“

„Ihre Eltern? Nach alledem, was die für Sie getan haben?“

„Woher wollen Sie denn wissen, was ...“

„Moment“, wurde Frank in diesem Moment von dem Mann mit dem Vollbart unterbrochen, „ganz fair ist das nicht“.

„Wollen Sie sagen, das das eine unfaire Frage ist?“, sagte der Vorsitzende.

„Das würde mich aber wundern. Es ist genau die Frage, die sich stellt, wenn es um das Gewissen geht: Was würde man tun in so einem Fall, deshalb sind wir doch hier.“ ...

Giese: „Ich hätte hinterher an der glatten Wand hochgehen können vor Wut und Enttäuschung, während der Verhandlung war ich zu dem Überfall des Gnadenlosen keiner Äußerung fähig.“

Neue Vahr Süd: ... „Für mich genügt das. Ich weiß jetzt Bescheid“, sagte der FDP-Mann. Die anderen beiden schwiegen nur.

„Dann können Sie draußen warten, bis hier eine Entscheidung gefallen ist“, sagte der Vorsitzende.

Frank ging hinaus und setzte sich im Flur auf den Stuhl. Es dauerte nicht lange, bis sie ihn wieder hineinriefen und ihm mitteilten, er sei „nicht berechtigt, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern“. Er nahm den entsprechenden schriftlichen Bescheid entgegen, es war ein Vordruck, in dem das Wort „nicht“ je nach Bedarf gestrichen werden konnte oder nicht. Ganz schön leichtsinnig, dachte er, während der Vorsitzende noch irgendetwas über Einspruchsfristen sagte.

„Ja, ja, das weiß ich alles“, unterbrach Frank ihn schließlich.

„Dann können Sie jetzt gehen“, sagte der Vorsitzende.

Giese: „Sie ließen mich in Verhandlung eins und zwei durchfallen, O-Ton: Ihre Ansichten mögen ehrenvoll sein, aber wir glauben Ihnen nicht. Alles Geschichte, alles von gestern.“



Michael Giese
Diakonisches Werk Baden,
Referent für Zivildienst



Jürgen Thor, Referent im Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe bereicherte als Mitgestalter das Festprogramm mit Einschpielungen von Film- und Musikbeiträgen rund um den Zivildienst. In seiner sehr persönlichen Rede brachte er sinngemäß zum Ausdruck, dass man Zivi für ein paar Monate ist, Kriegsdienstverweigerer ein ganzes Leben lang.

Harald Bretschneider

„Dienst an Volk und Vaterland“ – Wehrdienstverweigerung, Bausoldat und Zivildienst in der DDR

Bei dem Thema handelt es sich nicht um die Veröffentlichung „(Fahr-) Dienste für Volk und Vaterland“, mit Tipps und Tricks für den Zivildienst. „Dienst an Volk und Vaterland“ war die Erwartung der DDR und die gesetzliche Pflicht der Bürger, das sozialistische Volk und Vaterland zu schützen. Das Volk sollte den sozialistischen Staat gegen jeden Aggressor so verteidigen, dass er auf eigenem Territorium vernichtet würde. Besondere Leistungen wurden mit dem Kampforden „für Verdienste um Volk und Vaterland“ ausgezeichnet. „Dienst an Volk und Vaterland“ bezieht sich heute auf die Auffassung vieler Wehrdienstverweigerer und Bausoldaten in der DDR, dass es neben der Schutzfunktion des Staates für und durch seine Bürger eine Fürsorgefunktion des Bürgers für das Gemeinwohl geben muss. Sie trägt zur inneren Zufriedenheit der Gesellschaft bei. Im Folgenden möchte ich an die unterschiedlichen Entwicklungen in der DDR erinnern. Ergänzend mit ein paar biografischen Bemerkungen, die stellvertretend für die Erfahrungen vieler meiner Mitstreiter stehen.

Zweiter Weltkrieg

Die Rettung aus einem brennenden Haus am Tag der Zerstörung Dresdens 1945 sowie Ereignisse während der Zeit der sowjetischen Besatzungsmacht kurz nach dem Krieg prägten früh meine Einstellung, mich für Frieden und Gewaltfreiheit einzusetzen. Ein solches Inferno sollte nie wieder geschehen!

Nationale Volksarmee

Als 1956 die Nationale Volksarmee gegründet wurde, gab es keine Wehrpflicht. Ich meldete mich nicht freiwillig und wurde vom Schuldirektor schikaniert. Er erläuterte mir die Notwendigkeit der Verteidigung des sozialistischen Staates gegen die „Bonner Ultras“ mit der imperialistischen Armee. Er brüllte mich an, dass ich nicht wert sei, die Oberschule zu besuchen. 99 Prozent der Schüler hätten sich freiwillig zur Armee verpflichtet, um den Arbeiter- und Bauern-Staat zu verteidigen.

Mauerbau

Solange der Wehrdienst freiwillig war, war es eine Frage der Standhaftigkeit, ob man dem Druck und der Agitation widerstehen konnte und sich nicht zum Armeedienst verpflichtete. Nachdem die Mauer jede Fluchtmöglichkeit verhinderte, wurde 1962 in der DDR die Wehrpflicht eingeführt. Nun konnte sich keiner mehr der eingeführten Wehrpflicht entziehen, es sei denn er verweigerte. Verweigerung bedeutete Verhaftung. Das Strafmaß betrug in jedem Fall zwanzig bis zweiundzwanzig Monate Freiheitsstrafe und bedeutete das Ende jeglicher Karriere. Ich verweigerte den Wehrdienst total, erklärte mich aber bereit, die DDR ökonomisch zu stärken. Nach dem Theologiestudium bewarb ich mich als Hilfsarbeiter auf Großbaustellen und lernte dabei Zimmermann. Als es bekannt wurde, dass ich „als Pastor auf dem Bau“ arbeitete, wurde ich 1966 zu den Bausoldaten, den Waffendienstverweigerern, eingezogen.

Bausoldaten

Die Zahl der steigenden Wehrdienstverweigerungen zwischen 1962 und 1964 alarmierte die DDR-Regierung. Die Schaffung von Baueinheiten innerhalb der Nationalen Volksarmee unter militärischer Befehlsgewalt, schien für den Staat eine gerade noch ertragbare Lösung. Der Dienst in den Baueinheiten war Wehrersatzdienst gemäß § 25 des Wehrpflichtgesetzes der DDR und wurde ohne Waffe durchgeführt. Zu diesem Dienst wurden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen. Dieser Dienst wurde, trotz aller Einbindung in die militärischen Strukturen, von vielen Wehrdienstverweigerern als noch tragbarer Kompromiss angesehen.

Aufgaben

Die Baueinheiten wurden zu Arbeitsleistungen im Interesse der DDR, zu Straßen- und Verkehrsbauten sowie zum Aus-

bau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen herangezogen. Zu Beginn waren die Bausoldaten in geschlossenen Baupionierbataillonen an zentralen Standorten stationiert. Sie mussten zusammen mit Baupionieren an militärischen Objekten arbeiten. Ab 1975 bis Anfang der achtziger Jahre wurden die Bausoldaten dezentral, zur Sicherstellung von Dienstleistungen, befohlen. Die militärische Grundausbildung wurde von sechs Wochen auf zehn Tage verkürzt. Die Bausoldaten hatten Küchen-, Hausmeisterarbeiten und Einsätze in Militärkrankenhäusern zu verrichten. Bis zur Auflösung der Baueinheiten im Dezember 1989 waren die Bausoldaten zunehmend auch in der Industrie eingesetzt. So wurden zum Beispiel Bausoldaten beim Bau eines Fährhafens, ebenso in der Chemieindustrie, oft ohne Beachtung des Arbeitsschutzes, zum Dienst verpflichtet. Als Bausoldat musste ich 1966 einen zerstörten Feldflugplatz für die Nationale Volksarmee wieder aufbauen. Wir versuchten zu erreichen, Bausoldaten zur Beseitigung von Planschulden im zivilen Bereich einzusetzen. Leider führte dies vor den Staatsanwalt und nicht zum Zivildienst.

Glaube und Frieden schaffen

Für Viele war ihr Glaube die Kraftquelle für das Nein zum Waffengebrauch und die Grundfrage für die Glaubwürdigkeit eines inhaltlich qualifizierten Friedensbeitrags.

Obwohl die Anordnung über die Baueinheiten kaum veröffentlicht wurde, haben Bausoldaten sich dafür eingesetzt, Frieden zu schaffen ohne Waffen. Der goldene Spaten auf den Schulterstücken war das Zeichen des waffenlosen Dienstes. „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde zum neuen Ansatz eigenständiger kirchlicher Friedensarbeit in der DDR. Sowohl die meisten Wehrdienstverweigerer als auch Bausoldaten haben dem biblischen Friedenszeugnis Hände und Füße gegeben. Durch sie bekam die eigenständige Friedensarbeit der Kirchen maßgebliche Impulse. Sie waren wesentliche Triebkräfte für die Friedens-, Menschenrechts- und Ökogruppengruppen. Sie schufen mit die geistig-geistlichen Voraussetzungen für die gewaltlosen Demonstrationen und die unblutige friedliche Revolution.

Stärkung oder Leidenszeit?

Unter den ehemaligen Bausoldaten gibt es solche, die die Bausoldatenzeit als Stärkung und Zurüstung ihres Glaubens erlebt haben. Sie erinnern sich an Gemeinschaft und den brüderlichen Zusammenhalt wie an die teilweise heimlichen

Andachten und Gottesdienste. Die gemeinsame Beschäftigung mit der Friedensthematik, auch nach der Entlassung, hat sie geprägt und sie treffen sich bis heute. Es gibt aber auch Bausoldaten, für die die achtzehnmonatige Dienstzeit „Leidenszeit“ war. Sie haben den für sie „faulen Kompromiss“ nur durchgestanden. Jeden Appell, Wahltermin und Generalsbesuch haben sie nur zähneknirschend und auf das politische System innerlich fluchend ertragen. Auch für sie war klar, dass trotz aller Diskriminierung in der beruflichen Entwicklung und der Beschneidung der Studienmöglichkeiten, die Friedensarbeit nach dem Ende der Wehrdienstzeit fortgeführt werden muss.

Totalverweigerer – Einsatz der evangelischen Kirchen des Bundes

Die evangelischen Kirchen des Bundes haben sich intensiv für die Totalverweigerer eingesetzt und die Inhaftierungen in den Staatsgesprächen angeprangert. Jugendmitarbeiter und Gemeindepfarrer haben sich einfühlsam um die Verweigerer und deren Familien gekümmert. Als Landesjugendpfarrer habe ich Totalverweigerer begleitet und mit ihnen die persönliche und familiäre Tragfähigkeit einer solchen Entscheidung ausgelotet. Ich habe mich um einen Rechtsbestand bemüht und aus Erträgen der Materialien der Friedensdekaden die Kosten für viele Verteidigungen finanziert. Seit 1980 habe ich für das Landeskirchenamt eine Fürbittliste aufgestellt. Auf der Fürbittliste für meine Landeskirche standen sechszwanzig inhaftierte Totalverweigerer, Reserveverweigerer und einige Offiziere, die den Dienst in der nationalen Volksarmee vor ihrem Gewissen nicht mehr verantworten konnten. Ab 1987/1988 hat die DDR von Inhaftierungen der Totalverweigerer abgesehen. Das war weniger Folge des kirchlichen Engagements. Es kam vor allem durch die Intervention der kommunistischen und Arbeiterparteien der westeuropäischen Länder. Sie warfen der DDR vor, dass sie „mit den eingesperrten Wehrdienstverweigerern deren Wahlergebnisse versaut“. Das hat seine Wirkung nicht verfehlt.

Der Zivildienst in der DDR

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass es in der DDR zunächst keinen Zivildienst gab und die Bausoldaten der äußerste Kompromiss waren, den die Staatsmacht einzuräumen bereit war. Allerdings wurde auch deutlich, dass die betroffenen wehrpflichtigen Bürger immer wieder versucht haben, die Einführung eines Zivildienstes zu erreichen.

Bereits 1969 forderten Bausoldaten in einer Eingabe an den Minister für Nationale Verteidigung den Einsatz von Baeinheiten im zivilen Autobahnbau. Die Bereitschaft einiger Bausoldaten, einen Monat, den „19. Monat“, freiwillig im sozialen oder ökologischen Bereich zu arbeiten, unterstrich das Drängen auf einen Zivildienst.

Angeregt durch die erste Friedensdekade „Frieden schaffen ohne Waffen – Schwerter zu Pflugscharen“ wurde 1981 in Dresden die Initiative „Sozialer Friedensdienst“ ins Leben gerufen. Sie bat die Volkskammer, dringend einen sozialen Friedensdienst (SoFd) als gleichwertige Alternative zu Wehrdienst und Wehersatzdienst einzurichten. Trotz großer Identifikation vieler Jugendlicher im wehrpflichtigen Alter und des Engagements der evangelischen Kirchen des Bundes, wurde diese Initiative vom Staat radikal abgelehnt. Schließlich führten Bemühungen, Wehrdienstverweigerer zur Beseitigung des Pflegenotstandes in Krankenhäusern einzusetzen, im September 1989 zum Erfolg.

Pflegenotstand – „Pilotprojekt Zivildienst“

Angesichts der Ausreise vieler Ärzte und Schwestern war der Pflegenotstand 1989 so groß, dass nicht einmal die Sauberkeit der Patienten gewährleistet werden konnte. Wehrdienstverweigerer erklärten sich zu einem „Pilotprojekt Zivildienst“ bereit. Die Forderung nach einem Zivildienst wurde für ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister aufgenommen. Die Vertreter des Wehrbezirkskommandos zeigten sich beeindruckt, dass die Jugendlichen trotz Unsicherheiten der Anerkennung zum Dienst im Krankenhaus bereit waren. Dem Krankenhaus musste angesichts der katastrophalen Lage geholfen werden! Den jungen Männern wurde der Einberufungsbefehl abgenommen und verbindlich kam es zu folgender Verabredung:

„Ich verpflichte mich mit meiner Glaubens- und Gewissensentscheidung für das Pilotprojekt Zivildienst mit ganzer Kraft dem Gemeinwesen zu dienen und mich mit Umsicht und Initiative für Kranke und Hilfsbedürftige einzusetzen. Dazu helfe mir Gott!

Ich verpflichte mich, als Angehöriger der Zivildienstgruppe die Interessen der mir anvertrauten Menschen zu wahren und die Schweigepflicht einzuhalten.

Ich verpflichte mich, ehrlich, diszipliniert und verantwortungsbewusst den Weisungen meiner Vorgesetzten Folge zu leisten. Ich verpflichte mich, gewissenhaft die zur Erfüllung meiner Aufgaben erforderlichen Kenntnisse zu erwerben, die gesetzlichen und medizinischen Bestimmungen zu erfüllen und die

Menschenwürde der mir anvertrauten Patienten voll umfänglich zu achten.“

Zivildienstleistende waren damit keine Drückeberger und der Zivildienst wurde nicht als Flucht, sondern als Ausdruck alternativen Handelns von Christen aus Glaubens- und Gewissensgründen angesehen. Die Anstellung im Krankenhaus erfolgte nach Delegierungsvertrag mit dem Trägerbetrieb auf der Grundlage des Arbeitsgesetzbuches. Die Bezahlung übernahm das Krankenhaus nach Tarif und die Vergütung richtete sich nach der Höhe des Wehrosolds. Eine Vereidigung und ein Gelöbnis gab es nicht.

Das „Pilotprojekt Zivildienst“ wurde ein voller Erfolg und führte zu einem Lernprozess. Patienten schöpften durch die Begleitung der jungen Menschen neuen Lebensmut. Die Jugendlichen erlebten, dass ihre Fürsorge für das Gemeinwohl gebraucht wurde.

Zivildienstverordnung

Das „Pilotprojekt Zivildienst“ hatte schließlich maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und Formulierung der Zivildienstverordnung, die der DDR-Ministerrat am 8. Februar 1990 verabschiedete und die am 1. März 1990 in Kraft trat. Sie galt als ungewöhnlich liberal und wurde als beispielhaft auch für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Der Zivildienst wurde dem Wehrdienst, der zur Schutzfunktion der Gesellschaft dient, als Fürsorgepflicht der Gesellschaft gleichgestellt. Er hatte die gleiche Zeitdauer und dieselben Rechte.

Diese Zivildienstverordnung wurde allerdings mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland kassiert. Jetzt gilt im Beitrittsgebiet die Zivildienstgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, die nun ausgesetzt wurde. Sie bildet den Anlass zum heutigen Fest- und Schlussakt des Zivildienstes.



Harald Bretschneider
Oberlandeskirchenrat i.R.,
Sächsische Landeskirche
Dresden



v. l. n. r.: Peter Tobiassen, Zentralstelle Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer; Ulrich Finkh, Pastor i. R.; Harald Bretschneider, Oberlandeskirchenrat i. R.

Vor der Ausstellung „Zivildienst in Bethel“, die anlässlich des 40-jährigen Jubiläums erstellt wurde



v. l. n. r.: Walter Spratte, Bethel; Rainer Hub, Diakonisches Werk der EKD; Jürgen Thor, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe

Wolfgang Buff

Zivildienst in seiner teilweisen Widersprüchlichkeit

Wolfgang Buff, Referent in der Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, moderierte ein Stehtisch-Gespräch mit drei Experten zum Thema Zivildienst in seiner Widersprüchlichkeit:

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht war der „Sozialarbeiter“ Peter Tobiassen von der Zentralstelle Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer dabei. Zu lerntheoretischen Inhalten diskutierte der Lehrgangspädagoge Michael Ott vom Diakonischen Werk Württemberg. Die „männliche Sichtweise“ erläuterte der ehemalige Zivildienstleistende Christoph Dammann vom Diakonischen Werk Baden.

Wolfgang Buff erinnert sich an die interessante Gesprächsrunde:

„Bei der Diskussion konnte der Zivildienst aus ganz unterschiedlichen Perspektiven und über einen längeren Zeitraum beleuchtet werden. Alle Gesprächspartner kannten sich seit Jahren. Sie spiegelten eine dreistellige Zahl an Dienstjahren und damit an Erfahrungen in und mit dem Zivildienst wieder. Es war für mich fast ein Vergnügen, aus der geänderten Situation etwas Neues und Anregendes zu gestalten! So konnten wir spontan launig, aber auch sehr bewandert, eine Art „Gesamtschau“ wagen.

Wandel und Konstanten

Einmütig wurde von allen die Zeit des Zivildienstes als eine Zeit im ständigen Wandel erlebt. Politische Veränderungen, zeitgeschichtliche Ereignisse und administrative Einflüsse, Improvisation und Veränderung, waren im Zivildienst-Alltag überall offensichtlicher Normal- und Dauerzustand. Aber zugleich konnten alle Gesprächsbeteiligten auch die ein oder andere Konstante erkennen und so bestimmte Grundlinien im Zivildienst beschreiben.

Zu diesen Konstanten zählte das mehr oder weniger strenge Prüfungsverfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Zu Beginn des Zivildienstes wurde es in teilweise unwürdiger Art und Weise durchgeführt, gegen Ende erreichte

es eine eher unerwartete Leichtigkeit. Doch das Verfahren war stets ein Schlüsselerlebnis und Baustein in der Ausprägung des individuellen Staatsverständnisses. Der Betroffene fühlte sich sehr oft nicht mit seinen Anliegen aufgehoben.

Das Prüfungsverfahren

So beschrieb Christoph Dammann sehr eindrücklich, wie sehr ihn das mehrstufige Prüfungsverfahren zu seiner Zeit an die Grenzen der Einsicht in das Verhalten eines Rechtsstaates führte. Oft musste er sich im privaten und öffentlichen Diskurs rechtfertigen und als Drückeberger bezeichnen lassen. Gleichwohl konnte er dabei aber auch seine Überzeugung und sein Gewissen schärfen. Der Dienst mit all seinen Belastungen, der danach folgte, war für Christoph Dammann, wie für viele weitere Zivis, eine „Probezeit“. In den siebziger Jahren der Öffentlichkeit zu beweisen, welches andere Menschenbild hinter der eigenen Gewissensentscheidung stand, und welche praktischen Handlungsweisen sich daraus ableiten ließen, war ihm wichtig.

Die Kriegsdienstverweigerung war in dieser Zeit auch als ein politisches Statement zu verstehen. In seiner späteren Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden änderten sich diese gesellschaftlichen (Rahmen-) Bedingungen



Christoph Dammann
Ehemaliger Zivildienst-
leistender, Diakonisches
Werk Baden, Arbeitsfeld
Engagement plus Schule

gen grundlegend. Letztlich blieb der gesellschaftliche Zweifel, ob es individuelle Gewissensentscheidungen ohne Vorbehalte und Überprüfung anzuerkennen gelte, bis heute bestehen. Dieses Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung blieb bis zuletzt ein zwar einklagbares, aber nicht ohne belastbare Überprüfung gesellschaftsfähiges. Grundrechte gelten hingegen vorbehaltlos.

Das „Militärische“

Peter Tobiassen konnte sehr anschaulich beschreiben, dass der „Vorbehalt des Militärischen“ den Ersatz- und Zivildienst all die Jahrzehnte bestimmt hat. In den ersten Jahren diskutierte man, wo der Ersatzdienst zu leisten sei, später wurde die Kasernierung der Kriegsdienstverweigerer versucht. Die Verlängerung, Verkürzung und am Schluss die Aussetzung der Wehrpflicht wurde allein aus militärtaktischen Überlegungen geschuldet. Niemals orientierte sich die grundsätzliche Ausrichtung des Ersatzdienstes an den Motiven und Bedürfnissen der jungen Männer.



Peter Tobiassen
Geschäftsführer Zentralstelle
zum Recht und Schutz der
Kriegsdienstverweigerer

Das „Pädagogische“

Michael Ott konnte anhand seiner langjährigen Arbeit in Seminaren und Begleitveranstaltungen anschaulich beschreiben, dass alle Zivis als „Kinder ihrer Zeit“ auftraten. Den jeweiligen Einstellungen und Stimmungen der Epochen, musste in den Lehrgängen mit unterschiedlichen Themen und Methoden begegnet werden. Ebenso wurde der ständige Wandel der Einsatzfelder und Aufgaben der Zivis in den Dienststellen bei der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung der Lehrgänge bedacht und abgebildet. Auch dieses Arbeitsfeld war in einem ständigen Wandel und Anpassungsprozess.

Das „Umgängliche“

Die Zivis waren zu jeder Zeit sehr sensibel, ob sie als Personen mit ihren Beweggründen zur Kriegsdienstverweigerung ernst genommen wurden. Ob als Drückeberger oder als lasche Zivis tituliert, waren sie nicht bereit, sich dem politischen oder gesellschaftlichen Mainstream unterzuordnen. Sie nahmen individuelle Einschnitte in ihre Lebensplanung, den nur bedingt freiwilligen Eintritt in für sie unbekannte Arbeitswelten und die Arbeit unter oft merkwürdigen Rahmenbedingungen eines Pflichtdienstes hin. Dies bewirkte eine Ernsthaftigkeit in der Begegnung mit den pädagogischen Mitarbeitenden.



Michael Ott
Lehrgangspädagoge
im Diakonischen Werk
Württemberg

Konstant waren Wunsch und oft drängende Notwendigkeit der Zivis, die Erlebnisse im Dienstalltag mit gleichermaßen Betroffenen zu reflektieren. Je unmittelbarer der Kontakt zu Klienten war, umso deutlicher waren die Fragen zum Arbeitsfeld und auch die Auseinandersetzungen mit Fragen der eigenen Identität. Schwierige Umgangssituationen im Arbeitsalltag, die Zusammenarbeit mit Kollegen und der Umgang mit Vorgesetzten waren zu allen Zeiten ein Ansatzpunkt für Lernprozesse unter pädagogischen Anleitung und Begleitung in Seminaren und Dienststellen.

Bei denjenigen, die weniger engen Kontakt zu alten, kranken, behinderten oder benachteiligten Menschen hatten, war der pädagogische Zugang und das Aufarbeiten von Fragen der privaten und gesellschaftlichen Einstellung oft schwieriger.

Das „Autofahren“

Alle drei Gesprächsteilnehmer beschrieben anschaulich, dass auch die gewählten Einsatzbereiche ein Spiegelbild der Erwartungen und Einstellungen der Zivis waren.

Es war leicht, sich darüber zu belustigen, dass das Autofahren im Zivildienst immer eine besondere Aura für die Dienstleistenden hatte. Letztlich waren diese „Jobs“ für die Altersgruppe spannender als zum Beispiel der Bereich der Haushaltshilfe und Pflege. Wer nicht seine Grenzen erproben oder seine Berufswahlentscheidung testen wollte, versuchte sich diesen „belastenden“ Arbeitsfeldern zu entziehen. Ohnehin war es ein ständiges Streit- und Lernfeld, dass durch den Wehersatzdienst viele Männer in frauendominierte, gesellschaftlich nicht besonders angesehene Berufsfelder kamen. Zum Glück wurde im Laufe der Jahrzehnte der aufgebaute Druck, sich besonders in belasteten Arbeitsfeldern zu beweisen, weniger.

Die zunehmende Anzahl der Zivis wirkte sich auch auf Berufsbilder und Entlohnungsstrukturen aus. Die einzelnen Arbeitsfelder hätten es durchaus verdient, ernsthafter analysiert zu werden. Die wenigen Untersuchungen, die es über die Wirkung des Zivildienstes im sozialen Bereich gibt, kommen zu

gegensätzlichen Ergebnissen. Gemeinsam war bei allen das Aufweichen folgenden gesellschaftlichen Vorurteils: Pflege, Betreuung und Begleitung im sozialen Bereich seien Aufgaben, die jede Mutter, jede Frau „naturwüchsig“ beherrsche. Erfahrung benötige man nicht. Sie könne durch Laien abgedeckt werden.

Zivis haben somit für sich persönlich, in den jeweiligen Arbeitsbereichen und dem gesellschaftlichen Leben im positiven Sinne Spuren hinterlassen!



Wolfgang Buff
Evangelische Kirche in
Hessen und Nassau,
Referent im Pfarramt für
Kriegsdienstverweigerung

Dr. Gerhard Timm

Außer Spesen nix gewesen oder es gibt ein Leben nach dem Tod? – Ein sozial-, jugend- und engagementpolitischer Ausblick

Es sind ziemlich wenig Frauen hier! Normalerweise sind bei Veranstaltungen im sozialen Bereich mehr Frauen als Männer anwesend. Aber der Zivildienst war natürlich eine Männerdomäne. Das ergab sich aus der Sache selbst. Eine Frauenquote wurde hier auch eher selten gefordert, am wenigsten wohl von Frauen. Mit dem Ende des Zivildienstes geht auch ein ziemlich extremer Fall von Geschlechterdiskriminierung zu Ende. Das ist in jedem Fall zu begrüßen. Aber auch völlig unabhängig davon bin ich sehr gerne der Bitte des Diakonischen Werkes der EKD und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden gefolgt, heute an einem geschichtsträchtigen Ort einen Impuls zu geben.

Spesen

In diesen spannenden sozialpolitischen Zeiten für Engagementpolitik und Freiwilligendienste, hat das Diakonische Werk der EKD seit 1. April 2011 die Federführung in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Natürlich ist der Zivildienst mehr als nur Spesen gewesen! Gerade bei Evangelischer Kirche und Diakonie wurden immens viel Herzblut und auch in hohem Umfang Kirchen- und Verbandsmittel in den Zivildienst investiert. Und natürlich hat dies auf der anderen Seite auch etwas mit den Spesen zu tun gehabt.

Leben nach dem Tod

Und noch eindeutiger wird es ein Leben nach dem Tod geben. Aber wem sage ich das, als Volkswirt unter lauter Theologinnen und Theologen! Bei der Vorstellung vom Paradies auf Erden hat vermutlich niemand an den Bundesfreiwilligendienst gedacht. Bei der Vorstellung der Hölle allerdings vermutlich ebenso wenig. Aber so ist das halt manchmal im Leben. Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.

Das ewige Leben

Alle von uns hat die Dynamik der Entwicklung rund um die Wehrpflicht, deren Aussetzung und dem Paradigmenwechsel hin zur vollständigen Konversion der Freiwilligendienste überrascht. Wäre das Plagiat von Baron zu Gutenberg schon ein halbes Jahr früher aufgefallen, hätte es möglicherweise keine Wehrreform mit all ihren Folgen gegeben.

Das Bundesfreiwilligendienstgesetz wird nun aller Voraussicht nach unverändert, da nicht zustimmungspflichtig, den Bundesrat passieren. Die Kirchen und ihre Verbände mögen sich bei den anstehenden Entwicklungen bitte nicht an der Vorstellung des ewigen Lebens orientieren, denn dann wäre der Zug abgefahren. Theologisch, in Anlehnung an den Prediger Salomon 3, Vers 1–11 formuliert, liebe sich sagen: „Alles hat seine Zeit“. Die des Zivildienstes ist vorbei.

Sozialpolitik

Dies ist zu akzeptieren und viele hier im Raum haben sich nachhaltig genau dafür eingesetzt. In den Freiwilligendiensten ist die Konkurrenz größer und stärker als im Zivildienst. Hier war die Diakonie stets „Tabellenführer“. Zwar sehe ich sie mit den evangelischen Freiwilligendiensten gut aufgestellt, aber sie sind, zumindest quantitativ, „nur“ oberes Mittelfeld.

Jetzt sollten wir die getroffenen Entscheidungen als große Chance begreifen, die die Wohlfahrtsverbände immer gewollt und für die sie sich auch politisch eingesetzt haben. Dass nicht alle Einrichtungsvertreter und -vertreterinnen dieser Auffassung sind, ist bekannt. Politisch gefordert haben es die Spitzenverbände aber seit langer Zeit.

Der Evangelischen Kirche (EKD) und der Diakonie danke ich an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal für ihre stets klaren Positionierungen. Stellvertretend erwähnt sei der EKD-Text „Freiheit und Dienst“, gewichtig und gestützt durch das eindeutige Votum des Rates der EKD. Auch im Rahmen der Kommission

„Impulse für die Zivilgesellschaft, Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland“ waren sicherlich einige von Ihnen in die Prozesse der letzten zehn Jahre involviert.

Die Stränge der Diskussionen (keine staatliche Dienstpflicht aus vielerlei Gründen) sind keine wesentlich Neuen. Nur die plötzliche von FDP, CDU und vor allem der CSU durchgeführte Wende und Dynamik in den letzten neun Monaten war so nicht vorhersehbar. Bei der CSU kann ich meine Bewunderung hinsichtlich einer Flexibilität nach dem Motto, „was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, kaum verhehlen. Da können wir alle noch viel lernen!

Die Wohlfahrtsverbände haben immer den Ausbau der Freiwilligendienste gefordert, hatten allerdings die bestehenden Programme im Auge. Nach der Argumentation der jetzigen Regierungsfractionen und des Ministeriums bekommen wir aus verfassungs- und finanzpolitischen Gründen einen neuen „zusätzlichen“ Freiwilligendienst. Im Laufe der Zeit und der vielfältigen Diskussionen haben sich aber alle Wohlfahrtsverbände mit dieser Idee „angefreundet“. Nicht zuletzt auch, weil es gelungen ist, eine Reihe von Elementen in die Ausgestaltung einfließen zu lassen, die so von den politischen Entscheidern eigentlich nicht vorgesehen waren. Nicht zuletzt auch mit dem eher resignativen Argument „Schlimmeres verhütet zu haben“. Was nun die Umsetzung anbelangt, bleibt noch viel Arbeit und der Übergang wird vermutlich holpriger als gedacht. Der eigentliche „Stresstest“ steht uns allen noch bevor.

Nach meiner Einschätzung ist mit der Umstellung von Pflicht- auf Freiwilligendienst ein systemischer Wechsel verbunden, der einen der größten sozialpolitischen Veränderungsprozesse der letzten Jahre darstellen wird. Auch die Implementierung des Zivildienstes hatte in den Anfangsjahren einer längeren Zeit des Anlaufs bedurft. Dass es letztlich erfolgreich gelang, war unter anderem durch das Engagement der christlichen Wohlfahrtsverbände bedingt. Auch bei der Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes muss den zivilgesellschaftlichen Akteuren ausreichend Zeit eingeräumt werden. Des Weiteren ist eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, um die Übergänge des Strukturwandels qualitätssichernd zu meistern. Dies ist die Politik der Zivilgesellschaft und den Wohlfahrtsverbänden für ihre jahrzehntelange unterstützende Umsetzung ihrer staatlichen Dienstpflicht schuldig!

Jugendpolitisch sollten die Interessen, Bedürfnisse und Orientierungen der jungen Menschen um einiges deutlicher als bisher in den Focus der Überlegungen der Einrichtungen gerückt werden. Mit dem Ende des Zivildienstes kommt keiner mehr, weil er muss, und wenn er da ist, bleibt er im Zwei-

felsfall nicht. Im Pflegebereich war der Zivildienst ein ganz wichtiges Rekrutierungsfeld für männliche Mitarbeiter. Es ist klar, dass dies nur bewahrt werden kann, wenn der Freiwilligendienst attraktiv genug gestaltet wird. Dies hängt von vielen Faktoren ab. Ganz wichtig ist in jedem Fall die erlebte Wertschätzung der Freiwilligen. Außerdem benötigen die Einrichtungen die Kompetenzen und Unterstützungen der Träger und Verbände bei der Einführung, Begleitung und Anleitung der „neuen“ Freiwilligen.

Jugendpolitik

Was kann der Zivildienst an Verdienst und Erkenntnis hierzu noch anbieten? Gute Erfahrungen liegen dazu aus Evangelischer Kirche und Diakonie als größten Zivildienstplayern vor. Ihre Veranstaltungen zu „Konversion des Zivildienstes“ und „Zivildienst als Lerndienst“ sowie ihre inhaltlichen Auseinandersetzungen bei den Jahrestagungen dokumentieren dies deutlich. Der Bundesfreiwilligendienst muss demnach neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr auch ein Lerndienst werden!

Mehr noch als die guten Erfahrungen müssen auch die schlechten berücksichtigt werden. In der jüngst erschienenen Studie „Zivildienst als Sozialisationsinstanz“ heißt es zum Beispiel, dass zum Ende des Zivildienstes acht Prozent weniger junge Männer berufliche Tätigkeit im sozialen Bereich ausüben würden, als zu Beginn des Dienstes.

Engagementpolitik

Schlüssel zu allem ist es, die „Freiwilligenlogik“ besser wahrzunehmen, zu verinnerlichen und umzusetzen. In Ihren Positionspapieren sind Sie, nach meinem Einblick, dazu gut aufgestellt. Begrifflichkeiten und Abläufe zu Freiwilligenmanagement finden sich in Positionspapieren theoretisch sehr differenziert dargestellt. In der Praxis ist mancherorts vermutlich noch Entwicklungspotenzial. Klar ist in allen Analysen auch, dass es Ressourcen in den Bereichen Kompetenzen, Zeit und Finanzen bedarf.

Bereits vor der Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht hat die Diakonie mit ihrem Vorstandsbeschluss zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung aktiver Bürgerschaft 2011“ die Dimension und Aktualität freiwilligen Engagements erkannt. Sie stellt das Thema exponiert in diesem Jahr dar. Als Geschäftsführer der BAGFW möchte ich meine Anerkennung und meinen Glückwunsch für dieses „engagementpolitische Fingerspitzengefühl“ aussprechen.

In Anlehnung an die Jahreslosung der Herrnhuter Brüdergemeinde für das Jahr 2011 rufe ich Ihnen abschließend zu: „Ihr habt Euch nicht von der bösen Dienstpflicht überwinden lassen, sondern Ihr habt dieses Böse mit Gestaltung des guten Zivildienstes und dem Paradigmenwechsel zu den Freiwilligendiensten überwunden.“

Gestaltet nun auch das Neue tatkräftig mit! Dabei wünsche ich uns allen viel Erfolg und sage meine Unterstützung nach Kräften zu!



Dr. Gerhard Timm
Geschäftsführer der
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrts-
pflege (BAGFW)



v. l. n. r.: Harlad Keiser, Diakonisches Werk Bayern; Sabine Langner, Diakonisches Werk der EKD; Sabine Meyer, Diakonisches Werk Hannovers; Klaus Tschentscher, Zentrum für Freiwilligen-, Friedens- und Zivildienst der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck; Reiner Landua, Evangelische Kirche der Pfalz

Stehstischgespräche im Foyer



von Mitte l. nach r.: Jens Ackermann, Diakonisches Werk Braunschweig; Wolfgang Tögel, Zentrum für Freiwilligen-, Friedens- und Zivildienst der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck; Ingrid Pontzen, Diakonisches Werk in Hessen und Nassau; Sabine Kossmann, Diakonisches Werk Hamburg; Andreas Rheinländer, Sozialer Friedensdienst Bremen

Harald Keiser

„Großer Zapfenstreich“ für den Zivildienst

Ein bissig ironisch sarkastischer „Zapfenstreich“ für den Zivildienst oder das Ende der Geschichte Teil zwei.

Gedanken-Splitter

Eine üble Trauerrede.

Über Tote nur Gutes, über demnächst Hinscheidende erst recht.

We shall overcome, es war nicht alles schlecht.

The times they are changing, alles fließt, Licht aus, Affen tot.

Eine neue Zeit bricht an. Nichts wird besser, höchstens anders.

Zapfenstreich

Erste Definition des Zapfenstreichs, Bildungsbürger aufgemerkt:

Ursprünglich der akustische Laut in einem Heerlager, wonach ab dem Schlag gegen einen klirrenden Metall-Zapfen kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden darf. Vergleiche: Zapfhahn, Sperrstunde, Nachtausgang, Verteidigungsbereitschaft im entsprechenden Zustand.

Zweite Definition: Höchste militärische Zeremonie zum Abschied von entlassenen Generälen, im Dienst Verstorbenen, ausgewählten Einzelsoldaten.

Dritte Definition: Strammstehende Männer bei der Abschiedsvorstellung von Verteidigungsministern, mit freiem Musikwunsch. Jede Menge Soldaten, Fackeln tragend. Meist sehr ernst blickend und traditionell im Dunklen stattfindend. Fackeln zum endgültig letzten Gruß durch den zu Verabschiedenden, danach gemeinsames Singen der Nationalhymne. Den wehenden „Mantel der Geschichte“ spürend, staatstragend, bedeutungsschwer. Dann Abgang!

So nicht heute in Bethel; zumindest nicht ganz – und schon gar nicht so pompös.

Was werden wir, gefühlt schon seit letztem Herbst und nun ganz offiziell, vermissen? Welche Narben wird diese finale Operation und Totalamputation hinterlassen?

Wie gut werden die neuen Prothesen passen?

Wie gut wird das neue, staatlich verordnete und bezahlte Stütz- und Tragekorsett funktionieren?

Fragen über Fragen. Demnächst gibt es „Vermisstes“, „Abgefackeltes“, „Weggedudeltes“, „Abgewickeltes“ und „Transformiertes“ in die Geschichte zu verabschiedeten.



Harald Keiser

„Die Zivis werden fehlen: die „Muss-Aus-einandersetzung“ mit ihnen, deren jugendliche Unverschämtheit und unsterbliche Jugendlichkeit.“

„EKL“, „ISB“, „TG 7“

Wäre Franz Kafka nicht zufällig Prager, sondern gebürtiger Kölner gewesen, hieße „Das Schloss“ stattdessen „Das Amt“, „Der Prozess“ hieße „Der Leitfaden“ und Landvermesser K. wäre „KDV Pk Nr. 123 K-13042011“. Ebenso ließe sich „Die Verwandlung“ mit dem Käfer „Gregor Samsa“ locker in eine Sitzung vor dem Kreiswehersatzamt zum Anerkennungsverfahren nach Passau oder Elmshorn verlegen. Literarische Werke von bleibendem Wert wurden erstellt. Die deutsche Sprache wurde veredelt und geschliffen, „ver-BAZ-t“ sozusagen. Zwei Beispiele: „Gesamtteilnehmertagesnachweis“ oder „Brillenschein“. „EKL“, „ISB“, „TG 7“ waren Abkürzungen, die sich nachts um vier Uhr, aus dem Tiefschlaf

geweckt aus dem Stammhirn heraus sofort hervorstammeln lassen: All dies wird uns fehlen. Es wird verschwinden und allerhöchstens als „BFD“ auf ungleich niedrigerem und anfänglich einfacherem Niveau reinkarnieren.

Aber auch regelrechte Gesamtkunstwerke verließen dieses Amt. Gemeinschaftliche Anstrengungen vieler Männer und Frauen, deren Bedeutung erst jetzt, quasi am offenen Grab, in ihrer geistigen Stringenz erkannt werden: „Fahrtkostenerstattungsregelungsvergleichsberechnung“ oder das aufwühlende Werk namens „Fahrsicherheitstraining“.

Alles vorbei. Es ist Geschichte. Nach uns wird sich keiner mehr dran erinnern. Tragisch?

Hilfssheriffs

Die Regionalbetreuer waren eine Kombination aus Zeitloch, jahrzehntelanges Murretiergrüßen, Hilfssheriffs, Anekdotenquellen und manchmal die einzige Person im Umkreis von 150 km, die mit der Tiefe und den tragischen Verästelungen des Zivildienstes wirklich etwas anfangen konnten. Zwischen Referent Zivildienst und Regionalbetreuer, stellte sich beim „Einäugigen-Treffen in tiefster Dunkelheit“ trotzdem eine eigenartige, befremdliche Vertrautheit im gemeinsamen Sandkasten ein.

Hilfsbedürftige und „Duzer“

Die Dienststelle war der Ort, an dem das Wesen des Zivi sein Unwesen trieb. Bevölkert von Menschen, die sich grob in Vorgesetzte, „Duzer“ und Hilfsbedürftige aufteilen ließen. Alle im Abwehrkampf gegen das Amt. Im Laufe der Jahre ergaben sich Klassiker und Archetypen der Vertreter von Kirche und Diakonie. Zum Beispiel der Jungmanager: vorzugsweise eine Kombinationen aus Diakon und „2. Klasse-BWL-Student“. Oder die mütterliche Stationsleitung, die in jedem Zivi eine Wiedergeburt verflüsselter Jungsöhnetage erblickte. Und die Gutmütigen, denen der erfahrene Zivi im fortgeschrittenen Alter locker die Krankenscheine raus- und die Dienstunfähigkeitsbescheinigungen reindrücken konnte. Der Ehrgeizige und der Weltverbesserer, die Engagierte und der Zyniker, die Komplizierten und die Neurotischen, jeder durfte mal ran an den Zivi und an uns.

Unterhaltungsprogramme auf zwei Beinen

Die Lehrgangspädagoginnen und -pädagogen und die Verwaltungsmitarbeitenden waren Inkarnationen, Wiedergeburten und Erscheinungsformen von Vätern, älteren Brüdern und Schwestern, Betbrüdern und Seelsorgerinnen, Räumkommandos und Unterhaltungsprogramme auf zwei Beinen, Klagemauern und Welterklärer in Taschenbuchausgabe und Übersetzungsgehilfen von Erwachsenenregeln. Sie waren auch die Personen, die an den unmöglichsten Orten von längst vergessenen Zeitgenossen wiedererkannt und lärmend begrüßt wurden:

„Ej weis chd noch, ich bin doch der Mattes.“ „Ja klar, der „Mattes“. Längst vergessen, den Knaben ...

Individuen aus allen Bundesländern

Per Zapfenstreich werden auch unsere Tagungen in die ewigen Jagdgründe verabschiedet. Teilnehmende Individuen aus allen Bundesländern, gesegnet mit Wissen und Informationen, gestählt aus Sitzungen und Kongressen, Klüngelrunden, klerikalen und politischen Kabinetts-Informanten, Strategen und Weltdeutern. Sie bestimmten den Sinn der Zeitläufe und halfen den Neuhinzukommenden, dies alles zu bestaunen und davon zu profitieren. Sie alle lösen sich nun peu à peu auf. Die Erinnerungen verlaufen im Sand, werden Geschichte und zu einzelnen Geschichten, letztlich Anekdoten.

Unsterblich jung

Die Zivis werden fehlen. Die „Muss-Auseinandersetzung“ mit ihnen, deren jugendliche Unverschämtheit und unsterbliche Jugendlichkeit. Wir mussten immer wieder neu erklären, den Blicken standhalten und konnten den Fragen nicht ausweichen. Sie standen uns immer wieder neu gegenüber, und stellten uns auf die Waage: zu leicht oder noch genug Gewicht?

Sie ließen unsere Nächte auf Lehrgängen und Rüstzeitwochen auf vielfältigste Weise kurzweilig, kurzschlafend und ereignisreich werden. Jene Nächte, in denen die Begriffe Toleranz und Jugendversther mit dem puren, virilen „testosteron-baccardi-wodka-Leben“ gefüllt und damit strapaziert wurden. Ein Königreich für den Gesamtkatalog der gedachten und geflüchten Vorschläge zur Lebensführung und Hilfen zu Disziplinierung.

Herzlichen Glückwunsch!

Und nun, zum Schluss, was tun?

Allen, die es schafften, ihren beruflichen Lebensweg synchron mit Aufstieg und Fall der Wehrpflicht zu schalten, sage ich meinen herzlichen Glückwunsch! Da vollendet sich etwas perfekt.

Allen, die den Absprung nutzten oder ihn nahegelegt bekamen, um anderes zu tun, wünsche ich viel Glück!

Allen, für die das Ende der Wehrpflicht, das Ende des Zivildienstes persönlich massive berufliche Entgleisungen bedeutet, wünsche ich noch viel mehr Glück! Sie werden es brauchen!

Dem Rest, der beim geschichtlichen Sieger der Auseinandersetzung zwischen Pflicht und Freiheit, Kollektiv und Individualität, Wahl und Zwangswahl, also den Freiwilligendiensten antreten darf, wünsche ich die nötige Demut.

Der FDP gratuliere ich zu ihrem Konzept, alles Kollektive zu individualisieren. Es hat wieder in einem weiteren Bereich funktioniert. Nur Mut, das bisschen Sozialversicherung kriegt ihr auch noch platt! Und den Grünen wünsche ich viel Spaß beim „Freiwilligen Krieg“-Führen. Es tut auch bestimmt nicht weh!

Wunderkerzen statt Fackeln

So und jetzt zum Zapfenstreich! Statt Fackeln werden Wunderkerzen verteilt.

Statt zwei Stunden werden sie zwei Minuten brennen.

Statt der Musik „Smoke on the Water“ ein bisschen Stille.

Statt glorreicher Verabschiedung in eine sichere Zukunft ein vorsichtiges „Schau mer mal“ und „Wird schon werden“.

Eine Vision von Freiheit und Freiwilligendiensten habe ich schon: Möge sich unsere Bundeswehr freiwillig, mangels Nachfrage auflösen. „Freiwilliger Krieg“ würde damit zum „unfreiwilligen Frieden“. Welch eine Vorstellung! „Jobs“ überall auf der Welt, aber keiner will sie tun. Das wäre die schönste Pointe, die sich aus dem heutigen Zapfenstreich ergeben würde.

In diesem Sinne: Lebt wohl und uns Allen eine gute Zeit!



Harald Keiser
Diakonisches Werk
Bayern, Referent Zivildienst und Ehrenamt



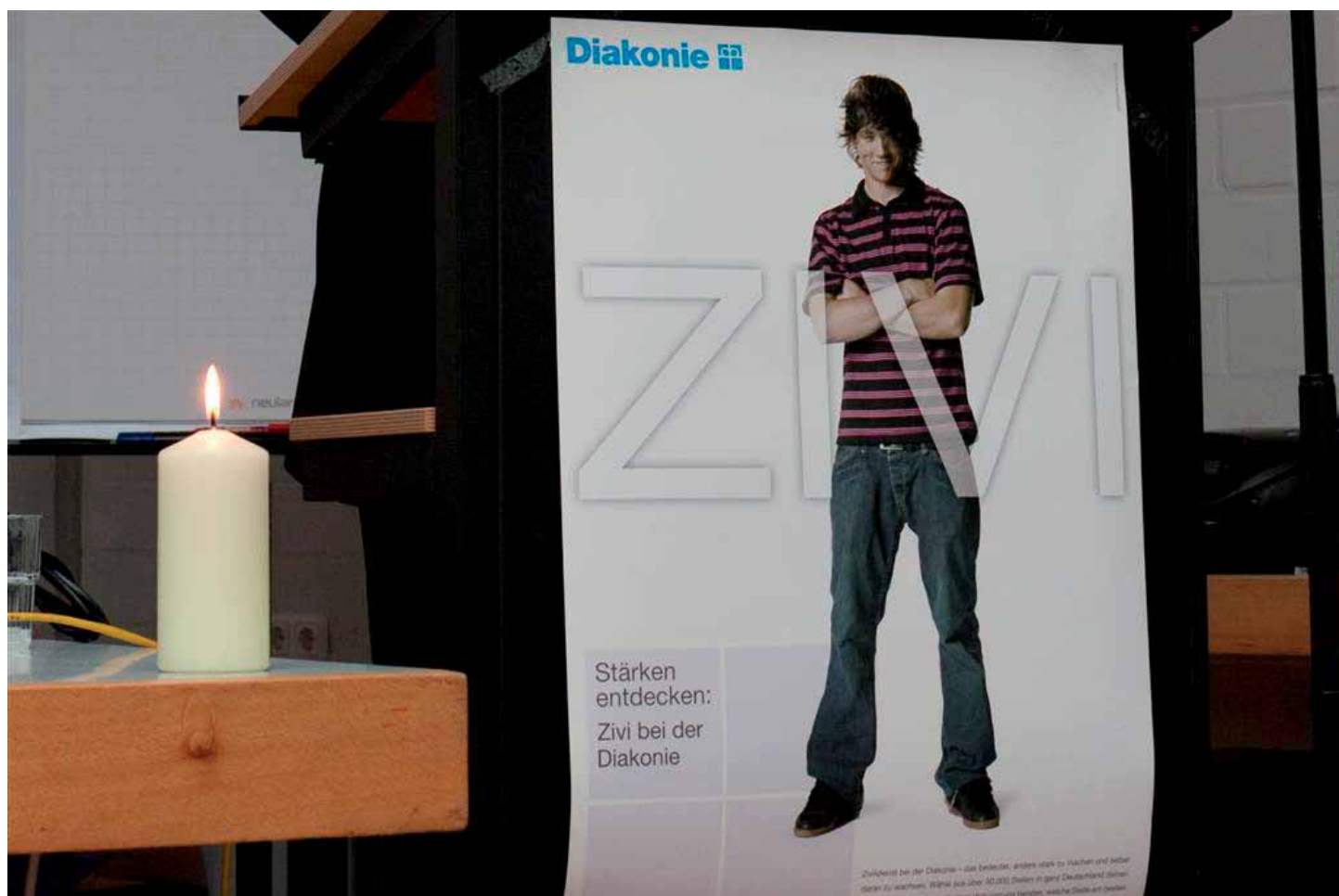
Wunderkerzen statt Fackeln

Renke Brahms

Der Letzte macht das Licht aus

Unter dem Motto „Der letzte macht das Licht aus“ spricht der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahms, den Reise-sagen und zündet eine Kerze der Hoffnung an.

Auf dieser Kerze steht geschrieben:
Gott spricht: Wenn ihr mich von ganzem Herzen suchen werdet, so will ich mich von euch finden lassen. (Jeremia 29,13f)





Und jetzt zum „Zapfenstreich“!

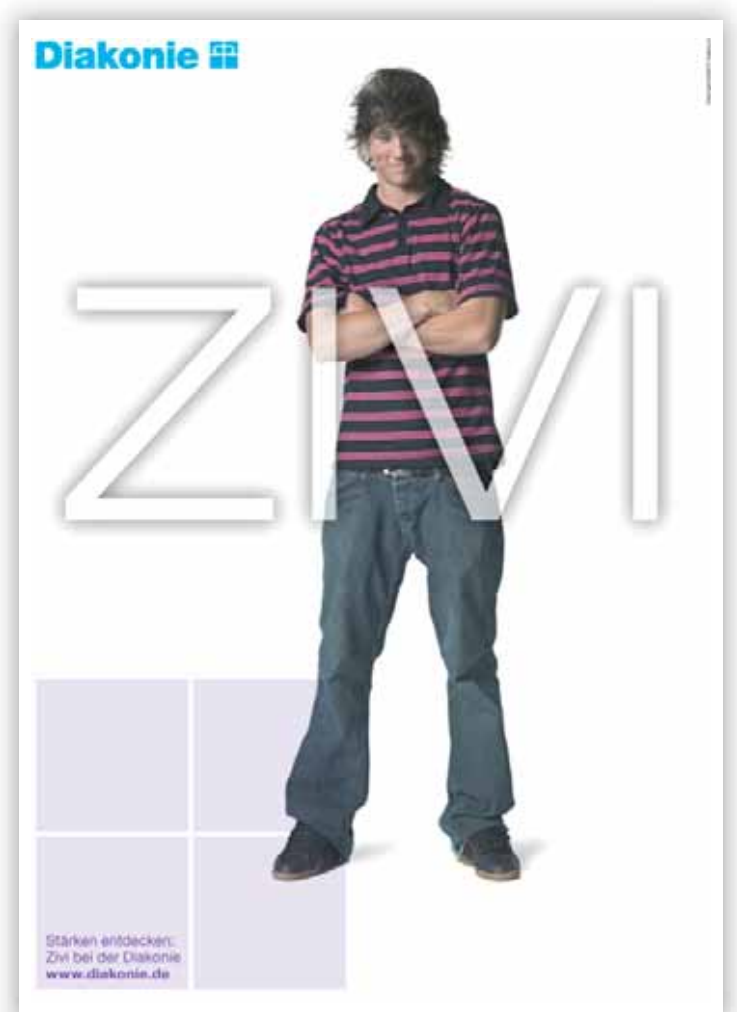
Zuletzt ...

Im Nachgang zu dem Fest- und Schlussakt ist nun, durch alle gesetzgebenden Instanzen, die Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes in Kraft getreten.

Die (vorläufige) Überwindung der staatlichen Dienstpflicht ist erreicht.

Kriegsdienstverweigerung aber bleibt ein gesellschaftliches Thema.

Rainer Hub
Diakonisches Werk der EKD
Dezember 2011



Auszug Diakonie Texte 2009/2010/2011

15.2011	Pflegestatistik zum 15. Dezember 2009
14.2011	Einrichtungsstatistik – Regional zum 1. Januar 2010
13.2011	Vorstandsbericht
12.2011	Sozialleistungen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Deutschland
11.2011	Teilhabe abhängiger Menschen sichern
10.2011	Einrichtungsstatistik zum 1. Januar 2010
09.2011	Altenarbeit im Gemeinwesen Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert
08.2011	Prozesse interkultureller Öffnung konkretisieren, kommunizieren, kultivieren
07.2011	Kommunikation von Qualität in der stationären Altenhilfe
06.2011	Mitarbeitendenstatistik zum 1. September 2008
05.2011	Chancen für Kinder eröffnen – Teilhabe durch Kinder- und Jugendrehabilitation
04.2011	Der Tod gehört zum Leben
03.2011	Abschiebungshaft in Deutschland – Positionen und Mindestforderungen der Diakonie
02.2011	Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte 2009
01.2011	Prävention in der Schuldnerberatung der Diakonie
12.2010	Gerechte Teilhabe an Arbeit
11.2010	Diakonie und Bildung
10.2010	Sozialarbeiterisches Case-Management für Menschen mit Behinderungen in der Eingliederungshilfe nach SGB XII/SGB IX
09.2010	Erwartungen der Diakonie an die Reform der Grundsicherung
08.2010	Raus aus dem Abseits Diakonisches Plädoyer für eine gerechte Jugendpolitik
07.2010	Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion – auf der Suche nach einer verlorenen Familienvergangenheit
06.2010	Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Europa
05.2010	Perspektiven zur Mitarbeitengewinnung in der Diakonie
04.2010	Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und sein Beitrag zur Personalgewinnung
03.2010	Es sollte überhaupt kein Armer unter Euch sein „Tafeln“ im Kontext sozialer Gerechtigkeit
02.2010	Interkulturelle Öffnung Zusammenstellung von Stellungnahmen und Arbeitshilfen
01.2010	Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit
16.2009	Pflegestatistik zum 15.12.2007
15.2009	Einrichtungsstatistik – Regional, Stand 1. Januar 2008

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, dass wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des Diakonie Textes Informationen und inhaltliche Anregungen geben können. Wir sind an Rückmeldungen interessiert, um unsere Arbeit zu optimieren. Wir freuen uns deshalb, wenn Sie uns

1. Kommentare und Anregungen zum Inhalt des Textes zukommen lassen,
2. informieren, welchen Nutzen Sie durch diesen Text für Ihre Arbeit erfahren haben und
3. mitteilen, wie Sie auf die vorliegende Ausgabe der Diakonie Texte aufmerksam geworden sind und ob oder wie Sie diese weitergeben werden.

Ihre Rückmeldungen senden Sie bitte an die verantwortliche Projektleitung (siehe Impressum unter Kontakt).

Herzlichen Dank im Voraus.
Ihr Diakonisches Werk der EKD

Die Texte, die wir in der Publikationsreihe Diakonie Texte veröffentlichen, sind im Internet frei zugänglich. Sie können dort zu nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und vielfältig werden. Diakonie Texte finden Sie unter www.diakonie.de/Texte. Im Vorspann der jeweiligen Ausgabe im Internet finden Sie Informationen, zu welchem Preis Diakonie Texte gedruckt beim Zentralen Vertrieb bestellt werden können.

Bestellungen:
Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon: +49 711 21 59-777
Telefax: +49 711 797 75 02
Vertrieb@diakonie.de

Benutzer des Diakonie Wissensportals können über die Portalsuche nicht nur nach Stichworten in den Textdateien recherchieren, sondern auch auf weitere verwandte Informationen und Veröffentlichungen aus der gesamten Diakonie zugreifen. Voraussetzung ist die Freischaltung nach der Registrierung auf www.diakonie-wissen.de

www.diakonie.de

Fotos: Achim Heinrichs,
Diakonisches Werk Baden

Impressum

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart

Verantwortlich für die Reihe:
Andreas Wagner
Zentrum Kommunikation
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart
Telefon: +49 711 21 59-454
Telefax: +49 711 21 59-566
redaktion@diakonie.de
www.diakonie.de

Kontakt:
Rainer Hub
Freiwilliges soziales Engagement und Zivildienst
Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA)
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
Telefon +49 30 83001-381
Telefax +49 30 83001-780
PC-Fax +49 30 83001-8-381
hub@diakonie.de

Layout:
A. Stiefel

Druck: Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen

© November 2011 – 1. Auflage
ISBN-Nr. 978-3-941458-45-1

Abdruck aus „Neue Vahr Süd“ mit freundlicher Genehmigung des Eichborn Verlages. Das Buch ist für 24,90 € lieferbar.

Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland e.V.
Stafflenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Telefon: +49 711 21 59-0
Telefax: +49 711 21 59-288
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de